

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2014



Aspekte der Zwangsarbeit

25 Jahre Mauerfall

„Unsere Akten“ erhalten!

Aktuell

- 3 Nachbessern
Neuer Präsident der Inter-Asso
MV: Knapp 4000 Anmeldungen für Heimkinderfonds
Lustration in der Ukraine
Freiheitspreis erstmals verliehen

Recht

- 4 Politische und rechtliche Aspekte der Zwangsarbeit

25 Jahre Mauerfall

- 6 1989 – Eine Brücke in den Osten Europas
- 7 Lichtgrenze
Gedenkkonzert
Zentrale Gedenkveranstaltung
Die Berliner Mauer in der Welt

Dokumentiert

- 8 „Unsere Akten“

Aufarbeitung

- 10 „In diesem Staat werde ich nicht alt“

Berichte

- 12 Damit sie nicht vergessen werden
„Menschrechte leben – Leiden erinnern“
- 13 Jugendliche erinnern an jugendliche Opfer

Geschichte

- 14 Seelsorger für die Bedrängten
Abschied

Verbände

- 15 Wer denkt an die Opfer heute?
UOKG-Jahreskongreß
Taschenkalender 2015 erschienen
Zur Erhöhung der Opferrente
- 16 „Goldene Henne“ für Zwangsadoptierte
Auszeichnungen
Leserbrief
Aufruf
Büro eröffnet
Museum geschlossen

Service/Bücher

- 17 Zündfunke aus Prag
Geheimpolizei gegen Freiheitsrechte
- 18 Die indiskrete Gesellschaft
- 19 Wolfskind

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Erinnerung an die Friedliche Revolution vor 25 Jahren: Vor der Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 2014 während des Friedensgebetes. Wegen Überfüllung der Kirche standen viele Menschen auf dem Vorplatz, Ansprachen und Gebet wurden auf einer Leinwand übertragen.

Foto: Bernd Müller-Kaller

Im Versteck der Vergessenen

Von Horst Schüler

Wenn es ums Gedenken geht, lassen wir uns nicht lange bitten. Jede Menge Feiern und Reden also zur friedlichen Revolution vor 25 Jahren. Auch der Bundespräsident hatte sich zu Wort gemeldet, und natürlich alle, die sich zur Polit-Prominenz zählen. Am eindrucksvollsten für mich aber war der Auftritt einer weithin unbekanntes Frau in Leipzig. Aufgeregt war sie, den Tränen nahe, nur stockend ihre Sätze – und fanden dennoch sofort den Weg in die Herzen der Menschen, die ihr stehend zuhörten. Katrin Behr wurde geehrt, ausgezeichnet mit dem Medienpreis „Goldene Henne“, und wenn es einer verdient hatte, dann diese Frau, Gründerin des Vereins für Opfer von Zwangsadoptionen in der DDR, als Vierjährige selbst ihrer Mutter entrissen. Eine stille Heldin nannte sie die Schauspielerin Katrin Sass. Und ich dachte, ja, endlich nicht nur Worthülsen, endlich eine auf der Bühne, die gelitten hat in diesem Gefängnis DDR, eine aus der Legion der Verfolgten. Doch daß sie dann selbst am Tag ihrer Ehrung um ein bißchen Geld für ihre ehrenamtliche Arbeit bitten mußte – oh Himmel, wie sehr sollte man sich doch schämen in diesem Land, in dem Millionen etwa für Stiftungen der politischen Parteien ausgegeben werden, derweil „stille Helden“ um ein paar Euro betteln müssen, bevor sie wieder vergessen werden.

Aber das verstehen wir ja auch, das Vergessen. Da sind zum Beispiel einige DDR-Oppositionelle, die 1989 ihre Sozialdemokratische Partei dort wieder ins Leben riefen, wo sie ein paar Jahrzehnte zuvor in die von Kommunisten regierte SED zwangseingegliedert wurde. Schauen man sich doch mal die Führungsriege der SPD heute an, findet man dort einen Martin Gutzeit, eine Angelika Barbe, einen Stephan Hilsberg, einen Markus Meckel, einen Gunter Weißgerber, um nur einige Namen derjenigen zu nennen, die sozialdemokratischer Teil der friedlichen Revolution waren? Mitnichten. Vergessen sind sie, abgefunden höchstens mit einem schlichten Aufgabenfeld. Die heute in der SPD das Sagen haben, sie haben anderes zu tun. Etwa über Bündnisse mit denen zu

grübeln, die damals ungezählte Sozialdemokraten ins Gefängnis warfen.

Und in einem anderen Versteck der Vergessenen finden auch wir Opfer des kommunistischen Terrors uns wieder. Doch bevor wir Schuldige dafür suchen, sollten wir bei uns selbst anfangen. Im „Stacheldraht“ Nr. 7/2014 hat Bernd Lippmann geschrieben: „Ehemalige politische Häftlinge scheinen sich in erster Linie für Entschädigungszahlungen zu interessieren, nicht für politische Situationen.“ Und weiter: „(Wir) haben allen Grund, etwas zurückhaltender zu sein, wenn es um Kritik an der Regierung in Sachen (unserer) Bewertung geht.“ Diesem Urteil werden nicht alle folgen, mir scheint es richtig, zumindest bedenkenswert. Zumal da noch nicht einmal die Auseinandersetzungen unter uns selber angesprochen sind.

Folge ist: Die Mehrheit der Deutschen hat Bautzen und Hoheneck vergessen, hat nie etwas vom Pelzmützentransport gehört und Workuta ist ihr unbekannt. Sie glaubt, der Widerstand gegen das kommunistische System in der DDR begann mit der Bürgerrechtsbewegung. Weitere Folge: Helmut Kohl darf sich als Kanzler der deutschen Einheit feiern lassen. Beides ist, für sich allein gesehen, falsch. Der Widerstand im Osten unseres Landes begann unmittelbar nach Ende des Krieges, für seine Träger damals mit entsetzlichen Folgen. Nächste Stufe war die Massenflucht aus der DDR. Sie setzte sich nach 1961 fort mit über tausend Erschossenen an den Grenzanlagen. Und Ende der 70er formte er sich in der Bürgerrechtsbewegung. Sie führte zur friedlichen Revolution, begünstigt allerdings durch den sich ankündigenden Zusammenbruch der Sowjetunion. Erst danach konnte Helmut Kohl zum Kanzler der Einheit werden.

Es ist eine lange Kette. Sie reicht von 1945 über 1989 bis zur Einheit Deutschlands 1990. Ihre Glieder bedingen einander. Eines trägt den Namen „Katrin Behr“. Schön, daß auch eine von uns zu Wort kam.

Nachbessern!

(uokg) Anfang Oktober beschloß das Bundeskabinett eine Erhöhung der SED-Opferrente um 50 Euro. Der Vorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, erklärte dazu: „Was die Regierung hier als große Wohltat zu verkaufen versucht, ist in Wirklichkeit ein politischer PR-Gag im Jubiläumsjahr. Die Erhöhung ist allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein und geht weit an den tatsächlichen Problemen der Opfer vorbei. Keines unserer wichtigen Anliegen wurde berücksichtigt. Weder werden die den Gesetzen innewohnenden bürokratischen Schikanen beseitigt, noch die vielen bislang nicht berücksichtigten Opfergruppen endlich anerkannt. Auch in Zukunft werden sich die Opfer ihre Ansprüche jahrelang gegen die Behörden erkämpfen müssen, werden große Teile der ehemaligen politisch Verfolgten leer ausgehen.“

Statt kosmetischer Änderungen benötigen wir eine grundlegende Überarbeitung

Neuer Präsident der Inter-Asso

(uokg) Am 23. August 2014 wurde Dr. Christian Fuchs, Vorstandsbeauftragter der UOKG, in Bukarest einstimmig zum neuen Präsidenten der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus e.V. (Inter-Asso) gewählt.

Fuchs löste damit den bisherigen Präsidenten Jure Knezović (Kroatien) ab, der aus Gesundheitsgründen sein Amt aufgab und zum Ehrenpräsidenten gewählt wurde. Da jedes Mitgliedsland nur ein

der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Der mickrige Entwurf zeigt, daß die Anliegen der Opfer der zweiten deutschen Diktatur jenseits von Festtagsreden in der Politik keinen sonderlich hohen Stellenwert genießen. Das ist sehr beschämend und wirft ein schlechtes Licht auf die Bundesregierung.

Die Tatsache, daß trotz mehrmaliger Gesprächsangebote unsererseits kein Vertreter des federführenden Bundesjustizministeriums bislang bereit war, sich zu einem Gespräch mit uns zu treffen, fügt sich hier nahtlos ein. Wir werden keine Statisten in dem Staatsschauspiel der Jubiläumsfeierlichkeiten sein, sondern wollen echte Anerkennung.

Wir appellieren an den Deutschen Bundestag und den Bundesrat: Lassen Sie das Gesetz in dieser Form nicht durchgehen. Bessern Sie nach!“

Präsidiumsmitglied stellen darf, wurde Peteris Simons (Lettland) als neues Präsidiumsmitglied gewählt, diesen Platz hatte der Vorsitzende der UOKG, Rainer Wagner (Deutschland), freigemacht.

Die UOKG wünscht den beiden neuen Präsidiumsmitgliedern viel Erfolg bei ihren künftigen Aufgaben. Auch UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner gratulierte Dr. Christian Fuchs sehr herzlich zu seiner Wahl zum Präsidenten der Internationalen Assoziation.

Lustration in der Ukraine

(chrD) Rechtsschutz vor Korruption und Säuberung der Bürokratien waren die ersten Forderungen des Euro-Maidan. Die damaligen oppositionellen Abgeordneten Iwan Sajetz, Jaroslaw Djodjyk und Andrij Dawydenko reichten am 8. Oktober 2013 einen Gesetzentwurf „Zur Lustration“ ein. Er beinhaltete den Ausschluß ehemaliger hauptamtlicher KGB-Mitarbeiter und ihrer Agenten, Residenten und sonstigen freien Mitarbeiter vor 1992 für fünf Jahre vom Staatsdienst. Um diesen Gesetzentwurf wurde hart gerungen. Schon 2005 nach der Orangen Revolution hatte das ukrainische Parlament, die Rada, versucht, solch ein Gesetz zu verabschieden. Es mißglückte.

Das aktuelle Gesetz geht pragmatischer vor. Da die Geheimdienstakten nicht gesichert wurden und somit unvollständig oder vielleicht auch gefälscht sind, werden bei der Frage nach dem KGB die Unterlagen der Rentenkasse als Quelle genutzt. Damit sind allerdings nur die Hauptamtlichen im Visier. Außerdem soll hohen Beamten der Janukowitsch-Ära, die mindestens ein Jahr im Amt waren, gekündigt werden. Mit der Lustration soll im Justizministerium begonnen werden.

Am 25. Februar 2014 wählte der Maidan-Rat den jungen Journalisten und Maidan-Aktivisten Jegor Soboljew zum Chef des künftigen Lustrationskomitees. Er ist in der Ukraine bekannt für seinen Kampf für die Freiheit der Medien. Am 16. September wurde das Gesetz durch die Rada unter dem Druck des Maidan beschlossen.

Freiheitspreis erstmals verliehen

(rs) Am 3. Oktober 2014 wurde der Freiheitspreis des Fördervereins Gedenkstätte Andreasstraße „Freiheit e.V.“ erstmalig vergeben. Geehrt wurde der scheidende Vorsitzende der Stiftung Ettersberg, Prof. Dr. Hans-Joachim Veen.

Der Preis soll in zweijährigem Rhythmus vergeben werden. Er ist nicht dotiert und wird alle zwei Jahre an Persönlichkeiten und Institutionen vergeben, die sich „in außergewöhnlicher Weise für Demokratie und Freiheit, besonders für die Aufarbeitung und Verhinderung von kommunistischen und sozialistischen Diktaturen einsetzen“.

Mecklenburg-Vorpommern:

Knapp 4000 Anmeldungen für Heimkinder-Fonds

(ad) Insgesamt 3839 Betroffene von Einweisungen in DDR-Kinderheime und Jugendwerkhöfe haben sich seit Start des Fonds „Heimerziehung in der DDR“ im Juli 2012 bis zum Meldeschluß am 30. September 2014 an die für sie zuständige Anlauf- und Beratungsstelle in Schwerin gewandt. Besonders in den letzten Wochen vor Fristablauf hatten die drei Berater der bei der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in MV angesiedelten Anlaufstelle einen Ansturm von telefonischen und schriftlichen Anfragen zu bewältigen. Allein im September 2014

meldeten 1145 ehemalige Heimkinder erstmals ihre Ansprüche gegenüber dem Fonds „Heimerziehung in der DDR“ an.

Die Landesbeauftragte Anne Drescher sagte, sie sei sehr froh, daß es in Zusammenarbeit mit den Medien gelungen sei, noch zahlreiche Betroffene auf diesen Fonds aufmerksam zu machen. Wegen der Vielzahl der Vormerkungen in den letzten Wochen bitte sie um Verständnis, daß für den Versand der Eingangsbestätigungen mehr Zeit benötigt werde als die zuvor üblichen vier Wochen.

Politische und rechtliche Aspekte der Zwangsarbeit

Vortrag von RA **Roland Lange**, 1. stellvertretender Vorsitzender der UOKG, auf der Tagung „Wir reden über Zwangsarbeit“ am 20.9.2014

Teil I

Die UOKG verfolgt gegenwärtig in ihrer politischen Arbeit fünf Hauptziele:

1. Einbeziehung weiterer Opfergruppen in den Kreis der Anspruchsberechtigten für Ausgleichsleistungen im strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz
2. angemessene Erhöhung der Opferrente von derzeit monatlich 250,00 €
3. Wegfall von Bedürftigkeitserfordernissen bei der Gewährung von Ausgleichsleistungen
4. Einführung der Beweislastumkehr beim Nachweis verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden
5. Anerkennung der von den politischen Häftlingen in den DDR-Gefängnissen geleisteten Zwangsarbeit und Gewährung einer Entschädigung

Mein Thema lautet: Politische und rechtliche Aspekte der Zwangsarbeit. Die Bundesregierung in der Pflicht – was ist umgesetzt worden? Herr Dr. Sachse hat zutreffend ausgeführt, worauf es der UOKG als Interessenvertreter der unter ihrem Dach zusammengeschlossenen Opferverbände beim Thema Zwangsarbeit ankommt:

1. Aufarbeitung,
2. Entschuldigung,
3. Entschädigung.

In Anbetracht der in den DDR-Gefängnissen praktizierten Zwangsarbeit sind Ansprüche der politischen Häftlinge wegen der erlittenen Zwangsarbeit neu zu bewerten, zumal dieser Gesichtspunkt bei der Bemessung der Opferrente keine Rolle gespielt hat. Weshalb das so ist, liegt auf der Hand. Bei dem Thema Opferrente ging es dem Gesetzgeber von Anfang an darum, die Ansprüche der politischen Häftlinge in einem möglichst niedrigen Rahmen zu halten. Die erste, frei gewählte Volkskammer der DDR hatte am 06.09.1990 ein Rehabilitierungsgesetz beschlossen. Danach begründet die strafrechtliche Rehabilitierung einen Anspruch auf soziale Ausgleichsleistung für die den Betroffenen durch den Freiheitsentzug entstandenen gesundheitlichen, materiellen oder anderen Nachteile. Wegen der Art und dem Umfang der sozialen Ausgleichsleistungen stellt das Gesetz auf die Bestimmungen des Häftlingshilfegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.02.1987, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22.12.1989, ab und beinhaltet im Vergleich zur jetzigen Regelung wesentlich höhere Entschädigungszahlungen.

Auch sieht das Gesetz keine Bedürftigkeitsprüfung vor. Wegen der nach Auffassung der Bundesregierung unabsehbaren Folgen, die mit den im DDR-Rehabilitierungsgesetz vorgesehenen Wiedergutmachungsleistungen verbunden waren, galt

nach der Regelung im Einigungsvertrag nur der Teil des Rehabilitierungsgesetzes übergangsweise als deutsches Recht fort, der die strafrechtliche Rehabilitierung betraf. Nachdem im Juli 1991 die Bundesregierung einen ersten Gesetzentwurf vorgelegt hatte, trat nach Verabschiedung durch den Bundestag am 04.11.1992 das erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft, das in Artikel 1 das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz enthält. Später folgten das verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz und das berufliche Rehabilitierungsgesetz.

Die Regelung im Einigungsvertrag verpflichtet die Bundesrepublik neben einer rechtsstaatlichen Rehabilitierungsmöglichkeit zur Schaffung angemessener Entschädigungsregelungen. Es handelt sich dabei um ein politisches Vermächtnis der DDR im Ergebnis der 1989 stattgefundenen Umwälzungen, dem die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet ist. Diese Verpflichtung hat die Bundesrepublik nach Überzeugung der UOKG und der von ihr vertretenen Opferverbände bis heute nicht in ausreichender Weise erfüllt. Das betrifft insbesondere, aber nicht nur, die gesetzlich normierte Opferpension von monatlich gerade einmal 250,00 €, dazu noch unter dem Vorbehalt der sozialen Bedürftigkeit, als auch die zu Unrecht nicht berücksichtigten Opfergruppen.

Die UOKG setzt sich seit Jahren für eine dem Anliegen der Opfer gerecht werdende Regelung ein, leider bis heute vergeblich. Wenn man sich den aktuellen Rentenentwurf des Justizministeriums zur Novellierung des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes ansieht, dann kann keine Rede davon sein, daß der Entwurf dem berechtigten Anliegen der Opfer auch nur annähernd Rechnung trägt. Die Anhebung der monatlichen Opferpension von 250,00 € auf 300,00 € ist ein Almosen. Von einer akzeptablen Anhebung der Opferrente kann keine Rede sein. In Wahrheit handelt es sich dabei um nichts anderes als um einen bei Rentenzahlungen üblichen Inflationsausgleich. Der Entwurf beinhaltet weder den Wegfall der Bedürftigkeitsregel noch die Einbeziehung weiterer, bisher nicht berücksichtigter Opfergruppen.



Foto: Judith Kresse

sichtiger Opfergruppen. Für uns entsteht immer wieder der Eindruck, gegen eine Wand zu laufen. Für Sonntagsreden und freundliche Worte dürfen wir herhalten, zu mehr reicht es aber nicht. Mit der uns offensichtlich zugeordneten Rolle als Feigenblatt werden wir uns, und das sage ich an die politischen Verantwortlichen in diesem Land gerichtet, niemals abfinden. Für alles ist Geld da. Die Steuereinnahmen sprudeln, Millionen, um nicht zu sagen Milliarden werden aus Steuergeldern für unsinnige Vorhaben vergeudet. Ich denke in dem Zusammenhang nur an den Berliner Flughafen, aufgrund des Versagens der Vorhaben und politischen Verantwortlichen ein Faß ohne Boden und offenbar auch ohne rechtliche Konsequenzen für die hierfür Verantwortlichen. Geschaßte Politiker erhalten dicke Abfindungen, nur an den Opfern wird gespart. Da tut sich die Frage auf, wen die Opfer in diesem Land noch wählen sollen. Niemand muß sich dann über die ständig sinkende Wahlbeteiligung noch wundern, siehe die außerordentlich schwache Wahlbeteiligung zu den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Die politischen Verantwortlichen mögen endlich erkennen, daß das nicht von ungefähr kommt, sondern Ursachen hat, die es aufzudecken und zu beseitigen gilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden, Sie werden sich möglicherweise fragen, was meine bisherigen Ausführungen mit dem heutigen Thema zu tun haben. Eine ganze Menge, wie Sie gleich hören werden. Es stellt sich die Frage, wer die Zwangsarbeit in den DDR-Gefängnissen zu verantworten und dafür einzustehen hat. Die UOKG führt derzeit Verhandlungen mit verschiedenen Firmen, die von der Zwangsarbeit profitiert haben. In anerkannter Weise hat sich der schwedische Möbelgigant, die Firma IKEA, zu seiner Verantwortung bekannt, sich hierfür entschuldigt und einen nicht geringen Geldbetrag zur Aufarbeitung der Zwangsarbeit zur Verfügung gestellt. Die Deutsche Bahn hat Gesprächsbereitschaft signalisiert, ein erstes Gespräch mit der Deutschen Bahn hat mit Herrn Dr. Grube, somit in höchster Ebene, bereits stattgefunden. Weitere Gespräche sollen folgen.

Weitere beteiligte Firmen, hier speziell westdeutsche Handelsketten wie Galeria-Kaufhof, wurden angeschrieben. Hier bleiben die Reaktionen zunächst noch abzuwarten. Auch DDR-Firmen haben von der Zwangsarbeit profitiert. Zum Teil existieren die Firmen noch, zum Teil wur-

den sie über die Treuhand abgewickelt. Bei den letzteren Firmen steht nach unserer Auffassung das Finanzministerium als das für die Treuhand zuständige Ministerium politisch wie rechtlich in der Verantwortung. Und genau hier erleben wir wieder das, was wir [bereits erlebten], wenn es in der Vergangenheit um die Durchsetzung unserer Ansprüche ging – die Ansprüche abwehren oder zumindest so gering wie nur irgend möglich halten.

Bei der Buchvorstellung von Herrn Dr. Sachse wie auch bei dem Gespräch mit Herrn Dr. Grube bei der Deutschen Bahn war Frau Gleicke, die Ostbeauftragte der Bundesregierung, mit zugegen. Unverhohlen brachte sie die Ablehnung jegli-

**Wer Zwangsarbeit
in den DDR-Gefängnissen
in Frage stellt,
ist ein Ignorant
oder Schönredner
der DDR-Verhältnisse.**

cher Ansprüche wegen Zwangsarbeit in den DDR-Gefängnissen zum Ausdruck, das u.a. mit dem Argument, es habe sich dabei nicht um Zwangsarbeit gehandelt, weil dieser Begriff den NS-Zwangsarbeitern vorbehalten sei. Die Zwangsarbeit unter dem NS-Regime und die damit verbundenen Leiden der Betroffenen stehen außer Frage. Damit kann doch aber die in den DDR-Gefängnissen praktizierte Zwangsarbeit nicht in Frage gestellt werden. Natürlich ist zwischen Zwangsarbeit unter dem NS-Regime und Zwangsarbeit unter den Kommunisten zu differenzieren. Wir lassen uns aber die durch Zwangsarbeit verursachten Leiden unserer Kameradinnen und Kameraden nicht klein reden. Zwangsarbeit bleibt Zwangsarbeit, auch wenn sie unter den Nazis und den Kommunisten in unterschiedlicher Weise praktiziert wurde und damit keiner Vergleichbarkeit das Wort geredet werden soll.

Ein solcher Ausschließlichkeitsanspruch ist im übrigen auch rechtlich nicht haltbar, weil der Begriff der „Zwangsarbeit“ im Grundgesetz wie überhaupt im Deutschen Recht und der deutschen Rechtsprechung verankert ist. Ich verweise in dem Zusammenhang auf die Regelung in Artikel 12 Abs. 2 und 3 Grundgesetz. Danach ist Zwangsarbeit nur unter ganz

bestimmten, sehr einschränkenden Bedingungen in Deutschland erlaubt.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich in einer Vielzahl von Entscheidungen mit der Frage der Anwendung bzw. dem Verbot von Zwangsarbeit beschäftigt. Es kann demzufolge nicht sein, daß jemand, der unseren Forderungen ablehnend gegenüber steht, daher kommt und meint, auf Zwangsarbeit dürften wir uns nicht berufen, weil die NS-Opfer auf diesen Begriff einen Ausschließlichkeitsanspruch hätten.

Das ist schließlich auch und nicht zuletzt vor dem Hintergrund des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion wie auch in der SBZ nicht zu akzeptieren, denn diesem System war Zwangsarbeit bis hin zur Vernichtung menschlichen Lebens politischer Gegner systemimmanent.

Also – wir lassen uns von niemandem das Recht absprechen, uns wegen der Arbeit, die wir in den DDR-Gefängnissen haben leisten müssen, auf Zwangsarbeit zu berufen. Wir haben heute von Herrn Dr. Sachse wie auch von Zeitzeugen gehört, in welcher menschenverachtender Weise Zwangsarbeit in den DDR-Gefängnissen zu leisten war und mit welchen Mitteln die Zwangsarbeit durchgesetzt wurde. Ich habe selbst Zwangsarbeit während meiner Inhaftierung im Zuchthaus Cottbus leisten müssen, und zwar für den VEB Sprelacard, gleichermaßen meine Frau während der Inhaftierung im Zuchthaus Hohenleuben für den VEB Wäscheunion. Ich weiß also, wovon ich rede, im Gegensatz zu manchen Entscheidungsträgern in diesem Land, die die Qual und die Leiden politischer Häftlinge nur vom Hörensagen kennen und sich bei der Herbeiführung der politischen Veränderung in der DDR, milde gesagt, nicht unbedingt hervorgetan haben.

Arbeitsverweigerung in den DDR-Gefängnissen hatte drakonische Strafen zur Folge. Mir selbst ist die Arrestzelle in Cottbus erspart geblieben. Ich habe es aber selbst erlebt, wie sich ein Mithäftling, der wegen Arbeitsverweigerung sieben Tage Arrestzelle bekommen hat, taumelnd auf dem Freihof bewegte und sich an der Wand festhalten mußte, um nicht zu Boden zu stürzen. Wer in Anbetracht dieser Tatsachen Zwangsarbeit in den DDR-Gefängnissen in Frage stellt, der ist entweder ein Ignorant oder ein Schönredner der DDR-Verhältnisse, wovon es inzwischen bekanntermaßen schon wieder mehr als genug gibt.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

1989 – Eine Brücke in den Osten Europas

Aus einer Rede von **Wolfgang Templin**, gehalten im August 2014 am Brandenburger Tor vor Teilnehmern des Automaidan

Ihr habt den Ort Berlin, den Weg entlang des Mauerstreifens und hier diesen Platz am Brandenburger Tor gut gewählt, als Teil eurer Reise durch europäische Städte.

Berlin ist eine Stadt des Kampfes um die Freiheit. Die Berliner Mauer war ein Symbol für Unfreiheit und Unterdrückung. Der Tag, als die Mauer fiel, war ein glücklicher Moment in meinem Leben. Noch glücklicher war ich jedoch, als wenige Wochen vorher, im Oktober 1989, in Leipzig und



Tadeusz Mazowiecki im November 1989.

anderen Städten der DDR, Hunderttausende demonstrierten und sich gegen die Unterdrückung auflehnten. Ungezählte Menschen erhoben sich von den Knien und fanden so ihre Würde zurück.

Das Jahr 1989 ist mit zahlreichen dramatischen Ereignissen und Bildern verbunden. Auf unseren Berliner Ukraine-Demonstrationen der letzten Monate konnte man auch georgische Fahnen sehen. Im April 1989 gab es in der georgischen Hauptstadt Tbilissi eine Demonstration für die Unabhängigkeit des Landes. Sondereinheiten des sowjetischen Innenministeriums gingen mit Giftgas,

Schlagstöcken und scharfgeschliffenen Pionierspaten gegen friedliche, singende Demonstranten vor. Über 20 von ihnen wurden ermordet. Während Jelena Bonner und Andrej Sacharow die Verletzten in den Krankenhäusern besuchten und Hilfe organisierten, schwieg der Friedensfürst Michail Gorbatschow und wies alle Verantwortung von sich.

Wir haben die Bilder vom Platz des Himmlichen Friedens vor Augen, auf dem im Juni 1989 demonstrierende Pekinger Studenten von Panzerketten zermalmt wurden. Im gleichen Monat gelang der polnischen Solidarność ein triumphaler Wahlsieg. Sie konnte mit Tadeusz Mazowiecki den ersten nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten stellen.

Zum Jahrestag des Hitler-Stalinpaktes bildeten Beteiligte in allen drei Ländern des Baltikums am 22. August 1989 eine gewaltige Menschenkette, welche ihre Hauptstädte verband. Sie forderten ihre Unabhängigkeit ein, weigerten sich, die letzten Kolonien in Europa zu bleiben und appellierten an ihre Nachbarn, es ihnen gleich zu tun. Im September 1989 kam es zum Gründungskongress der Volksbewegung zur Umgestaltung der Ukraine – Ruch, an dem auch eine polnische Delegation teilnahm, zu der Adam Michnik und Jacek Kuron gehörten. Das unabhängige Polen wurde zur Brücke in den Osten Europas und zum wichtigsten Botschafter für eine freie und souveräne Ukraine. Im Januar 1990 schließlich bildete sich zur Erinnerung an die Vereinigung der West- und der Ostukraine in der ukrainischen Republik von 1918 eine Menschenkette zwischen Lemberg und Kiew. Blaugelbe Fahnen, der goldene Dreizack und die immer wieder gesungene Hymne der Ukraine machten deutlich, daß es nicht mehr nur um Autonomie, sondern um volle, ungeteilte Souveränität ging. Knapp zwei Jahre später erblickte die staatlich souveräne Ukraine das Licht der Welt. Sie erklärte ihren festen Willen, den Abschied aus der sowjetischen Zwangsgemeinschaft auf zivilisierte Weise zu nehmen und mit dem engen Nachbarn Rußland gute Beziehungen zu unterhalten.

Ein Vierteljahrhundert später haben wir eine andere Realität vor uns. Die Ukraine hat es mit einem russischen Nachbarn zu

tun, der sich von der Devise leiten läßt: Lieber eine zerstörte Ukraine als eine europäische Ukraine.

Ein immer aggressiver gewordenenes imperialistisches System versucht seinen Hegemonialanspruch mit verbrecherischen Methoden durchzusetzen und geht dafür über Leichen. Die große Mehrheit der russischen Gesellschaft hat sich vom nationalistischen Taumel anstecken lassen und bejubelt ihren starken Führer. Um so mehr ist der Mut und die Haltung von russischen Menschen zu bewundern, die in Moskau und anderen russischen Städten fragen: „Ukrainer, könnt ihr uns vergeben?“

[...] Angesichts dieser Entwicklung hat sich die EU endlich zu deutlicheren Sanktionen entschlossen. Viel zu spät, seit Beginn der Eskalation sind Monate und nicht Wochen vergangen. Rechtzeitige Sanktionen hätten Putin unter Umständen vom ostukrainischen Kriegsabenteuer abgeschreckt.

Gespräche waren und sind notwendig, aber maßgebliche Kreise der EU haben zu lange nur auf Verhandlungen gesetzt. Frank Walter Steinmeier wurde zum meistbetrogenen Außenminister Europas. Die ungezählten Stunden der Gespräche mit Sergej Lawrow werden ihm in ungueter Erinnerung bleiben.

Die Ukraine wollte diese Konfrontation nicht, sie ist ihr aufgezwungen worden. Sie hat das volle Recht, jetzt ihre Souveränität zu verteidigen. Wenn sie das erreicht hat und der terroristische Spuk im Osten der Ukraine besiegt wurde, wenn Wladimir Putin die Hände gebunden sind, kommt die wichtigste Aufgabe. Nach Kämpfen, Krieg und Leid muß die innere Einheit der Ukraine stabilisiert werden. An dieser Aufgabe scheiterte Viktor Juschtschenko, und der Kleptokrat Viktor Janukowytsch bediente nur seinen Donezker Clan, seine Familie und sich selbst.

Die Eigenständigkeit des Ostens der Ukraine muß ernst genommen werden, auch dort leben ukrainische Patrioten. Eine künftige ukrainische Menschenkette sollte von Lemberg nach Kiew und nach Donezk reichen. [...]

„Nehmt euch die Freiheit, sonst kommt sie nie!“

Großes Festkonzert am 8. November 2014 in Berlin zum 25. Jahrestag des Mauerfalls

Mit Wolf Biermann und dem Zentralquartett

Berliner Ensemble, 20.00 Uhr


Lichtgrenze

(KPB) Vom 7. bis 9. November 2014 ist das innerstädtische Berlin von der Bornholmer Straße über den Mauerpark und die Gedenkstätte Bernauer Straße, über den Reichstag, das Brandenburger Tor und den Checkpoint Charlie bis zur Eastside-Gallery vorübergehend geteilt: Eine Lichtinstallation mit 8000 weißen, leuchtenden Ballons erinnert an die ehemals geteilte Stadt. Die nach einer Idee von Christopher Bauder und Marc Bauder entwickelte Installation ruft durch ihre

emotionale visuelle Kraft die Dimension und Brutalität der Mauer in Erinnerung.

Die Inszenierung des Mauerverlaufs durch die Lichtgrenze wird von zahlreichen Ausstellungen, Veranstaltungen und Führungsangeboten begleitet. In der Gedenkstätte Bernauer Straße wird die neue Dauerausstellung eröffnet, entlang der 15 Kilometer langen Lichtinstallationen eine von der Robert-Havemann-Gesellschaft konzipierte Freiluft-Ausstellung zu sehen sein: 100 Mauer-Geschichten an den Original-Schauplätzen.

Großformatige Bildschirme an ausgewählten Publikumsorten werden mit beeindruckenden Film-Collagen aus historischem, vielfach noch wenig bekanntem Filmmaterial aus der Zeit des Mauerfalls bespielt.

An drei dieser Publikumsorte gibt es zudem umfangreiche Führungsangebote des Museumsdienstes Berlin. Informationspavillons und Aussichtstürme, die eine besonders eindrucksvolle Perspektive auf die Lichtinstallation bieten, ergänzen das Angebot. 

Gedenkkonzert zum 25. Jahrestag des Mauerfalls

„Ein deutsches Requiem“ – Johannes Brahms, „Im Anfang war das Wort“ – Aaron Dan

„Hier sind auf beiden Seiten der Mauer Gottes Kinder. Und keine durch Menschenhand gemachte Grenze kann diese Tatsache auslöschen“, sagte Martin Luther King im September 1964 in Berlin.

Wort und Musik – untrennbare und machtvolle Instrumente mit unschätzbare Wirkung und Kraft. Einer Kraft, die Grenzen überschreiten, Mauern einstürzen lassen kann. Wie auch jene Mauer 1989, die Deutschland nicht nur politisch teilte. Bürger beider Länder kämpften für ihre Stimme. Sie kämpften für die Menschen und mahnten der Opfer, die die Mauer forderte.

50 Jahre nach der berühmten Rede Martin Luther Kings in der Marienkirche am Alexanderplatz wollen der Chor des Jungen Ensembles Berlin und Promet-

heus Ensemble, unter Leitung von Frank Markowitsch, am selben Ort an diesen Kampf erinnern. Die Künstler präsentieren, zum Gedenken an den Fall der Berliner Mauer, eine einzigartige Verbindung zweier Werke unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident a.D. Wolfgang Thierse. „Ein deutsches Requiem“ von Johannes Brahms sowie die Uraufführung der Komposition „Im Anfang war das Wort“ des jungen ungarisch-rumänischen Komponisten Aaron Dan verbinden sich zu einem Konzert des Erinnerns.

Beide Stücke setzen sich mit essentiell verknüpften Paradigmen des Aufstands gegen die deutsche Teilung – Mensch, Heimat, Freiheit, Flucht, Grenzen – auseinander. Mit dem Projekt knüpft der Chor nahtlos an seine künstlerische Arbeit und

den Anspruch an, sich mit gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen. Er lädt ein zu diesem besonderen Abend, der nach einem Grußwort Wolfgang Thierse an die Macht der einzelnen Stimme, an die Macht des einzelnen Wortes und somit an den Fall einer scheinbar unüberwindbaren Grenze vor 25 Jahren erinnern soll.

Konzerte:

8.11. (Sa), 20.00 Uhr,
Marienkirche am Berliner Alexanderplatz,
Karl-Liebknecht-Str. 8

9.11. (So), 18.00 Uhr, Lindenkirche
Berlin-Wilmersdorf, Homburger Str. 48

Karten gibt es telefonisch unter (018 05) 70 07 33 oder über www.reservix.de 

Zentrale Gedenkveranstaltung

Neue Dauerausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer wird eröffnet

(sbm) Nach dem traditionellen Posaunenruf um 10.00 Uhr an der Hinterlandmauer in der Gedenkstätte, einer Andacht in der Kapelle der Versöhnung und dem Entzünden von Kerzen wird die neue Dauerausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer zunächst mit 120 geladenen Gästen eröffnet.


Ab 14.00 Uhr gibt es an verschiedenen Orten der Gedenkstätte ein öffentliches Programm mit Zeitzeugen, Diskussionen, Lesungen, Musik und Führungen.

Dokumentationszentrum, Bernauer Str. 111, 14.00-20.00 Uhr: Öffnung der neuen Dauerausstellung für die Öffentlichkeit durch Prof. Dr. Klausmeier mit Kuratorenführungen, Kinderführungen

und Zeitzeugen, die als Objektpaten Elemente in der Ausstellung erklären.

Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 14.00-22.45 Uhr: Zeitzeugenpodien zu Themen wie Flucht über Ungarn, Neue Parteien und Bürgerbewegungen, Fall der Berliner Mauer u.a.

Außengelände der Gedenkstätte: Führungen zur Geschichte der Berliner Mauer mit Begehung der neuen Bereiche der Außenausstellung; 19.00 Uhr: Ballon-Installation „Lichtgrenze“

Hotel Grenzfall, Ackerstr. 135, 14.00–18.00 Uhr: Lesungen und mediale Präsentationen 

Die Berliner Mauer in der Welt

(VT) Symbole der Freiheit, der menschlichen Willensstärke, Relikte des Kalten Krieges – ungezählte Teile der Berliner Mauer wurden nach ihrem Fall 1989 in die Welt hinaus getragen, und mit ihnen der Freiheitswille der Berliner. Mehr als 240 dieser tonnenschweren Mauersegmente, die an mehr als 140 Orten auf allen Kontinenten stehen, wurden für diesen Band ausfindig gemacht. Unter ihren neuen Besitzern befinden sich japanische Geschäftsmänner, prominente Kunstsammler sowie alle US-Präsidenten der letzten einhundert Jahre und sogar der Papst. Erzählt werden spannende, kuriose, aber auch tragische Geschichten, die die facettenreiche Erinnerung an die Mauer und den Kalten Krieg eindrucksvoll widerspiegeln.



.....
Die Berliner Mauer in der Welt, hrsg. von Anna Kaminsky im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2. erweiterte Aufl., Berlin Story Verlag, Berlin 2014, 288 S., 19,95 €
.....

„Unsere Akten“

Stellungnahme der UOKG zur Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde

Teil I

1. Grundsätze

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) begrüßt die Einsetzung einer Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU).



Noch bezeichnet das Schild die Orte, an denen die Stasi-Akten aufbewahrt werden.

Die UOKG unterstützt den im gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen formulierten Auftrag, die Kernaufgaben der BStU zu erhalten und mit zukunftsfähigen Strukturen zu verbinden.

Als Vertreterin der wichtigsten Verbände und Initiativen von Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft in der SBZ und DDR betrachtet die UOKG die BStU als „ihre“ Behörde, die insbesondere durch ihre politische Unabhängigkeit die Interessen ehemaliger politischer Häftlinge und aller anderen Repressierten dauerhaft wahrzunehmen vermag.

In der BStU finden sich nicht nur die Dokumente unserer Überwachung und Zersetzung, sondern auch viel Material, das den menschenverachtenden Charakter und die perfiden Methoden des MfS im Unrechtsstaat DDR dokumentiert. Da die Akten unsere höchstpersönlichen Repres-

sionserfahrungen und unsere persönlichen Daten beinhalten, betrachten wir sie in moralischer Weise als „unsere Akten“.

Zukunftsfähige Strukturen und neue Aufgabenzuschnitte sollten vor allem darauf ausgerichtet sein, die Rolle der Staatssicherheit im Gesamtgefüge der SED-Diktatur besser wahrzunehmen und neue, intergenerationelle Interessen bei der Aufarbeitung der politischen Verfolgung in Familie und Gesellschaft zu stärken.

Der im Antrag der Fraktionen zur Einsetzung einer Expertenkommission für die BStU genutzte Begriff „Sonderbehörde“ umschreibt im Verwaltungsrecht lediglich einen speziellen Aufgabenbereich. Eine indirekte Aufforderung, eine Sonderbehörde alsbald aufzulösen, enthält der Begriff nicht. Auch Sonderbehörden existieren dauerhaft, solange sie notwendig sind.

Sowohl im internationalen Raum als auch in Deutschland könnte eine „Auflösung“ zu interpretierende Neuorientierung der BStU als Signal mißverstanden werden, die Aufarbeitung der Diktatur verliere an Unterstützung in Staat und Gesellschaft.

Die UOKG spricht sich für den Erhalt der BStU als eigenständige und unabhängige Behörde aus. Der Leiter der BStU sollte weiter vom Bundestag ernannt werden und in bewährter Weise unabhängig sein, um seine politische Autorität zu erhalten.

Innerhalb dieser Grundbedingungen ist es nach mehr als zwanzigjähriger Tätigkeit sinnvoll, über die Aufgaben der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und über ihren Ort in der Erinnerungslandschaft nachzudenken. Ziel ist, die BStU möglichst effizient auf ihre zukünftigen Aufgaben auszurichten. Dabei sollten über finanzielle und rechtliche Fragen hinaus folgende historisch gewachsene Werte substantiell berücksichtigt werden.

2. Zur geschichtspolitischen Rolle der BStU

Die Vorgeschichte der BStU von der ersten Besetzung der Stasi-Zentralen über die Beschlüsse der ersten frei gewählten Volkskammer bis hin zum Stasi-Unterlagengesetz symbolisiert in besonderer

Weise die Unumkehrbarkeit in der Überwindung der SED-Diktatur und der Rückeroberung der Bürgerrechte während der Friedlichen Revolution 1989/90.

Mit der Entscheidung, die Akten der Geheimpolizei der DDR zu öffnen, wurde die BStU über ihre sachlich begründeten Aufgaben hinaus zu einem geschichtsträchtigen Symbol für die andauernde Garantie des Rechtsstaates, die Bürger zukünftig vor Überwachung, Zersetzung und politischer Verfolgung durch eine Geheimpolizei zu schützen, ihre Privatsphäre zu achten und vergangenes Unrecht zu bereinigen.

Durch ihren sorgsam und zugleich offenen Umgang mit Daten aus dem intimsten persönlichen Bereich bis hin zu historisch bedeutsamen Informationen hat sich die BStU in ihrer fast 25jährigen Geschichte weit über die Reihen der unmittelbar Betroffenen hinaus in der Öffentlichkeit eine einzigartige Vertrauensstellung erworben.

Unabdingbar verbunden mit dieser Vertrauensstellung ist die politische Unabhängigkeit des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, welche den Aktenzugang vor den Unwägbarkeiten politischer Mehrheiten im Bundestag schützt.

Die BStU hat im wiedervereinigten Deutschland die Hinterlassenschaften der politischen Geheimpolizei der DDR in einer für postkommunistische Länder einzigartigen und vorbildhaften Weise zur Aufklärung, politischen Aufarbeitung und Bereinigung des Unrechtes genutzt. Sie ist damit zum Vorbild und zur fachlichen Autorität für postdiktatorische Gesellschaften weit über den ehemaligen Ostblock hinaus geworden.

3. Sicherung von Kernaufgaben

Die Expertenkommission wurde beauftragt, Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, nach denen die aus dem Stasi-Unterlagengesetz resultierenden Aufgaben langfristig, effizient und sachgerecht fortgeführt werden können. Die UOKG wird diesen Auftrag an die Kommission in folgender Weise wahrnehmen:

Die Kommission soll sicherstellen, daß „der Aktenzugang in der Weise, wie das

Stasi-Unterlagen-Gesetz ihn derzeit gewährt, grundsätzlich erhalten bleibt.“

Solange die Erschließung und Rekonstruktion von Unterlagen des MfS nicht abgeschlossen ist, kann auch die Aufarbeitung persönlicher Schicksale durch die im StUG als „Betroffene“ bezeichneten Personen nicht als abgeschlossen gelten. Mit dem beginnenden Generationswechsel werden sich neue, andersartige Interessen an der Aufarbeitung intergenerationeller Folgen der Repression durch die Staatssicherheit in Familie und Gesellschaft einstellen.

Zukünftige Veränderungen dürfen daher nicht nur eine Verschlechterung bei der Nutzung der Akten durch Bürgerinnen und Bürger, Forschung, Bildung, Medien und öffentliche Stellen ausschließen, sondern müssen zu Verbesserungen führen, welche auch die wachsenden Interessen einer neuen Generation aufnehmen. Insbesondere ist der Begriff des „Betroffenen“ sachgerecht auf die nächste Generation zu erweitern. Wartezeiten sind zu verkürzen, die Möglichkeiten eigenständiger Recherchen zu erweitern.

Die Kommission soll sicherstellen, daß „der Aktenbestand als besondere Ersatzüberlieferung der SED-Diktatur im Ganzen erhalten bleibt, ohne daß durch Bewertungen der Einzelüberlieferungen personenbezogene Daten vernichtet werden.“ Die Klassifizierung von Unterlagen des MfS als „besondere Ersatzüberlieferung“ legt die Vermutung nahe, daß bei der Übernahme in andere institutionelle Zusammenhänge Bewertungen vorgenommen werden, die zur Vernichtung von Sachakten führen, welche als mehrfach überliefert eingestuft werden. Einem solchem Vorhaben ist entgegenzuhalten, daß der Gesamtbestand der MfS-Überlieferung einen *weltgeschichtlich einzigartigen Bestand* darstellt, der in seinen Strukturen nachfolgenden Generationen vollständig erhalten bleiben muß.

Die BStU hat sich über Jahre hinweg einen Vertrauensvorschuß bei den Betroffenen erarbeitet, daß ihre in höchstem Maße sensiblen Daten vor unbefugtem staatlichem oder persönlichem Zugriff absolut sicher sind. Bereits eine Diskussion darüber, welche Aktenbestände erhalten werden sollen und welche vernichtet werden können, würde dieses Vertrauen zerstören und ist deshalb abzulehnen.

Die Kommission soll sicherstellen, daß „die historische und politische Bildung und Forschung weiterhin auf hohem Niveau gewährleistet ist.“

Die behördeneigene Forschung und Bildung sollte sich stärker auf die Erforschung der Interna des MfS und die Rolle des MfS in der SED-Diktatur konzentrieren. Für übergreifende Themen sollten die Kooperation mit anderen Einrichtungen angestrebt bzw. Gelder freigesetzt werden.

Notwendig ist die Anpassung der Findhilfsmittel für die Forschung an die internationalen Standards mittels einer öffentlich zugänglichen Datenbank (OPAC). Dazu sind Lösungen zu erarbeiten, welche die Besonderheiten personenbezogener Überlieferungen berücksichtigen. In Angriff zu nehmen ist eine Reorganisation der internen Datenbanken. Mit beiden Projekten werden Recherchevorgänge in allen Aufgabenbereichen drastisch verkürzt.

Die Kommission soll sicherstellen, daß „die Unterstützung von Bildungsarbeit in Kooperation mit anderen Akteuren der politischen Bildung, der Förderung von Wissenschaft und Vermittlung sowie der Stiftung Aufarbeitung und der Bundeszentrale für politische Bildung fortgeführt wird.“

Unterstützung, Kooperation und Aufgabenteilung im „Geschichtsverbund SED-Unrecht“ sollten weiterhin eine multiperspektivische und kontroverse Aufarbeitung bevorzugen, in der die Perspektive auf das MfS einen zentralen, aber nicht allein bestimmenden Blickwinkel darstellt. Bürgerschaftliche Initiativen in allen Regionen nicht nur der ehemaligen DDR sollten besondere Aufmerksamkeit und Förderung erfahren. Sie sind in ein Kooperationskonzept explizit aufzunehmen.

Die Kommission soll sicherstellen, daß „die internationale Kooperation hinsichtlich des Umgangs mit Akten der Staatssicherheit der ehemaligen DDR und der internationale wissenschaftliche Austausch keinen Schaden nehmen.“

Die grundlegende Gestaltung der internationalen Dimension des Umgangs mit den Akten der Staatssicherheit muß berücksichtigen, daß bereits die Existenz einer unabhängigen Behörde „insbesondere in den Ländern des ehemaligen Ostblocks als ermutigendes Beispiel“ gilt.

Für politische Akteure in anderen Ländern, die sich dort gegen Widerstände um eine transparente Aufarbeitung ihrer Vergangenheit und den Zugang zu den Geheimdienstakten einer Diktatur bemühen, dürfte sich eine irgendwie als Auflösung der BStU zu interpretierende Reform unmittelbar schwächend auswirken. Hier sollte Deutschland mit den historischen Erfahrungen zweier Diktaturen seine Rolle als Vorbild nicht unnötig gefährden. Dieses Anliegen wird um so wichtiger, als verschiedene Länder des ehemaligen Ostblocks in kaum zu überschaende Entwicklungen driften könnten.

Der internationale wissenschaftliche Austausch, insbesondere mit den Ländern des ehemaligen Ostblocks, sollte verstärkt dazu genutzt werden, ein gemeinsames europäisches Geschichtsbild zu etablieren.

Rainer Wagner,
Bundesvorsitzender der Union
der Opferverbände kommunistischer
Gewaltherrschaft (UOKG)

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)



Fotos: N. Radlitz

Zerrissene MfS-Akten, die auf Rekonstruktion warten.

„In diesem Staat werde ich nicht alt“

Der Fall Hans-Georg Lemme

Von Stefan Appellius

Als Hans-Georg Lemme an jenem Sonntag morgen nach dem Frühstück in seiner Ausgehuniform die Polizei-Kaserne in Schwerin verließ, ahnte noch niemand, wie satt er das alles hatte. Der junge Mann leistete seit ein paar Monaten seinen Militärdienst bei einer Kasernierten Einheit der Volkspolizei ab. Ein paar Tage zuvor war er sich wieder einmal mit einem Unterführer in die Haare geraten.



Hans-Georg Lemme bei seiner Konfirmation.

Der ihm wegen seines „undisziplinierten Verhaltens“ prompt den Ausgang strich (BStU MfS BV Schwerin AP 586/79, Bl. 75 Lemme, Manuskript o.D., 2 Blatt, Privatarchiv Inge Lemme, Groß Breese, Bl. 1). Doch solche Schikanen wollte sich Lemme nicht länger gefallen lassen. Der Dienst kotzte ihn an. Er war mit seiner neuen Freundin verabredet und freute sich schon die ganze Woche auf das Wiedersehen mit Gudrun.

Als Hans-Georg Lemme im Schweriner Hauptbahnhof seine Fahrkarte kaufte, begegnete er einem Kameraden. In Wittenberge nahm er sich ein Taxi, nach Hause zu seinen Eltern, die im nahe gelegenen Groß Breese einen alten Bauernhof bewirtschafteten. Nach dem Mittagessen

holte Hans-Georg das Rad aus dem Stall. Er wollte einem Freund zum Geburtstag gratulieren, sagte er. „Er hat sich nicht noch einmal umgedreht“ (telefonische Auskunft Inge Lemme, Groß Breese, 30.5.2014), entsinnt sich seine Mutter, die sich vierzig Jahre später noch sehr genau an jenen Moment erinnern kann, als sie ihren Sohn das letzte Mal sah. Hans-Georg trug eine rotbraune Stoffhose und einen blauen langärmeligen Pullover, am Halsausschnitt mit roten und weißen Streifen (BStU MfS BV Schwerin AP 586/79, Bl. 16). Ein paar Minuten, nachdem er vom Hof seiner Eltern verschwunden war, begegnete der sportliche junge Mann noch einer früheren Mitschülerin. Die beiden plauderten kurz. Hans-Georg erzählte, daß er abends wieder in der Kaserne sein müsse. Im Dorf sei ja nichts mehr los, meinte er, nachdem die meisten ihrer Freunde und Bekannten woanders hingegangen seien.

Bis zu diesem Zeitpunkt war noch niemand in Schwerin das Fehlen des Volkspolizei-Anwärters aufgefallen. Erst am Nachmittag bemerkte man in der Kaserne, daß Lemme fehlte. Als Volkspolizisten ein paar Stunden später auf dem Hof seiner Eltern auftauchten und sein Zimmer durchsuchten, war Lemme wie vom Erdboden verschluckt. Seine Eltern hofften, daß ihr Sohn bereits auf dem Rückweg nach Schwerin sei. Doch als der letzte Zug an diesem 18. August 1974 in die Bezirkshauptstadt einfuhr und die Fahrgäste über die Bahnhofstreppen in Richtung Innenstadt eilten, war von dem verschwundenen Volkspolizei-Anwärter nichts zu sehen (BStU MfS Schwerin AP 586/79, Bl. 6). Noch am selben Abend wurde eine Großfahndung eingeleitet und der Operative Diensthabende im DDR-Innenministerium in Ostberlin alarmiert. Man verstärkte die Bewachung der Zonengrenze westlich Schwerins in den Bereichen Hagenow und Gadebusch. Ohne Ergebnis.

Am nächsten Morgen wurde die Fahndung nach Lemme auf die Bezirke Potsdam und Magdeburg ausgeweitet. Mittlerweile waren die DDR-Organen fest davon überzeugt, daß Lemme in den Westen fliehen wollte. Wo sich Hans-Georg Lemme seit seinem Verschwinden

aus Groß Breese aufgehalten hat, ist bis heute völlig unklar. Vermutlich traf er sich mit seiner Freundin im benachbarten Wittenberge. Beweise gibt es dafür allerdings nicht (Die Freundin leugnete bei Vernehmungen durch das MfS, Lemme getroffen zu haben. Vgl.: BStU MfS BV Schwerin AP 586/79, Bl. 21 f.). Vielleicht hatte sich das Paar gestritten. Das könnte auch erklären, warum sich Gudrun, die in Groß Breese aufgewachsen war, auch nach dem Mauerfall niemals bei Hans-Georgs Eltern meldete.

Erst am Dienstag morgen machten die ostdeutschen Ermittler einen entscheidenden Fortschritt. Sie entdeckten auf einem Bühnenkopf am Elbufer eine sorgsam mit einem Stein beschwerte Hose. Sie war durch den Regen und den Wellengang völlig durchnäßt. Ein paar Stunden später tauchten sie damit bei Hans-Georgs Eltern in Groß Breese auf. Es war die Hose ihres verschwundenen Sohnes, wie sich Inge Lemme erinnert (Interview mit Inge Lemme, Groß Breese, 14.6.2014). Während der Nacht war es auf der Elbe zu einem Zwischenfall gekommen. Am Montag abend, gegen 22 Uhr, hatte ein Grenzposten der Volksarmee am Elbufer im Bereich Cumlosen Hundegebell bemerkt (BStU MfS BV Schwerin AP 586/79, Bl. 46). Etwa eine halbe Stunde später hörte dieser Posten ein lautes „Plätschern“ in der Elbe. Nachdem er den Suchscheinwerfer einstellte, sah er eine schwimmende Person im Fluß. Der Soldat ergriff seine Waffe und versuchte den Schwimmer dazu zu bewegen, wieder an das DDR-Ufer zurückzukehren. Schließlich gab er mehrere gezielte Schüsse ab, die weithin zu hören waren. Doch Hans-Georg-Lemme war ein hervorragender, mehrfach ausgezeichneter Schwimmer. Es gelang ihm, den Kugeln zu entkommen. Er versuchte, mit der Strömung der Elbe ein Stück weit in Richtung Norden zu schwimmen, um in Niedersachsen an Land zu gehen. Vermutlich wäre ihm das auch gelungen. Doch die Schüsse des Grenzpostens und der Einsatz des Scheinwerfers führten dazu, daß ein in diesem Bereich patrouillierendes Grenzsicherungsboot auf ihn aufmerksam wurde.

Dieses knapp zehn Meter lange, mit hochwertigen Volvo-Penta-Bootsmotoren

aus westlicher Produktion und mit Radar ausgerüstete Boot „G 197“ brauste mit hoher Geschwindigkeit in Richtung des in Frage kommenden Flußabschnitts. Auf dem Kabinendach befand sich ein Scheinwerfer, mit dem die Wasseroberfläche taghell erleuchtet und nach dem gemeldeten Schwimmer abgesucht wurde. Sehr schnell entdeckten die DDR-Grenzer den Kopf eines blonden, in der Elbe schwimmenden Mannes. Das Boot umkreiste Lemme, versuchte ihn zur Rückkehr in die DDR zu zwingen. Mehrmals warfen die Soldaten mit einem Bootshaken nach ihm, um den Flüchtling an Bord zu ziehen (BStU MfS BV Schwerin Abt. IX Nr. 466, Bl. 22). Doch Lemme tauchte immer wieder weg und befand sich schließlich schon sehr nahe am westdeutschen Ufer des Flusses. Erst nachdem der Bootsführer „Volle Kraft voraus!“ befahl, blieb Lemme verschwunden (BStU MfS BV Schwerin AP 586/79, Bl. 12). Laut den damals angefertigten Protokollen war der Aufprall des Schiffes auf den Mann im Wasser für die dreiköpfige Besatzung deutlich zu spüren (BStU MfS BV Schwerin AP 586/79, Bl. 41). Vorher soll Lemme den DDR-Grenzern noch entgeistert zugerufen haben: „Das könnt Ihr doch nicht machen!“ (BStU MfS BV Schwerin Abt. IX Nr. 466, Bl. 7) Davon, daß sie den „Grenzverletzer“ mit hoher Wahrscheinlichkeit „vernichtet“ hatten, konnten sich die Grenzer am nächsten Morgen überzeugen, als sie ihr Boot aus dem Wasser hoben und den Rumpf in Augenschein nahmen: Die Antriebswelle der Schrauben war durch den Zusammenstoß leicht verbogen (BStU MfS BV Schwerin AP 586/79, Bl. 53 u. 97).

Die Leiche von Hans-Georg Lemme wurde erst am Morgen des 6. September 1974 in der Elbe treibend entdeckt. Das Gesicht war stark deformiert, das Nasenbein gebrochen, die linke Augenpartie

beschädigt (Vgl. BStU MfS BV Schwerin KD Ludwigslust ZMA 8755). Wahrscheinlich gab es eine Schußverletzung im Bereich des Brustbeines. Genau ließ sich das nach zwei Wochen in der Elbe nicht mehr sagen. Als Todesursache war in den DDR-Akten von „stumpfer Gewalteinwirkung mit einem Wasserfahrzeug“ die Rede (BStU MfS BV Schwerin AP 586/79, Bl. 59). Noch am selben Tage erhielten Inge und Georg Lemme in Groß Breese erneut Besuch von den staatlichen Organen. Ein Major erklärte ihnen, daß ihr Sohn vermutlich ertrunken und tot sei. Er würde umgehend nach Groß Breese überführt. Frau Lemme brach in Tränen aus. Sie wußte, daß man sie belog und sagte dem DDR-Offizier: „Mein Sohn war so ein lieber Junge, mit niemanden hatte er in der Familie Streit. Er ist ein kräftiger Junge und ein guter Schwimmer und er ist nicht ertrunken. Er ist erschossen worden und ein Opfer dieser Zeit.“ (BStU MfS BV Schwerin AP 586/79, Bl. 104) Daß man ihren Jungen mit einem Motorboot einfach überfahren hatte, wäre ihr nicht in den Sinn gekommen. Davon erfuhr sie erst, als sie gemeinsam mit ihrem Mann Anfang der 90er Jahre Einsicht in Akten des Staatssicherheitsdienstes über den Tod ihres Sohnes nehmen durfte. Ob sie damals damit rechnete, daß man die Täter jetzt endlich zur Rechenschaft ziehen würde? Inge Lemme nickt. Sie hatte ja schließlich lange genug darauf gewartet.

Doch es vergingen noch etliche Jahre, bevor der Kapitän des DDR-Grenzbootes sich 1998 vor dem Schweriner Landgericht zu verantworten hatte. Fünf Verhandlungstage waren für den Prozeß angesetzt. Der Angeklagte erklärte, er könne sich an nichts erinnern. Die beiden anderen damals mit ihm an Bord befindlichen früheren DDR-Grenzer hatten ebenfalls ihr Gedächtnis verloren. Und die Verteidigung versuchte es so hinzustellen, als habe das Grenzboot Lemme retten wollen. Vielleicht, so die Verteidigung, sei er ja auch „herzkrank“ gewesen und beim Schwimmen aus Entkräftung ertrunken? Am Ende war niemandem etwas zu beweisen, der Angeklagte wurde freigesprochen. Pfarrer Gottfried Winter äußerte sich wenige Tage nach dem Ende des Prozesses in einer Predigt am 11. Juli 1998 in Groß Breese über den freigesprochenen Angeklagten und seine beiden Kameraden: „Die Ausführenden von damals haben nichts zu bereuen. Dieser Menschentyp kann jederzeit für ähnliche Un-

ternehmungen eingesetzt werden. Es gibt eine Brutalität, die funktioniert, wenn nur die entsprechenden Einsatzbefehle gegeben werden.“ (Zitiert nach: Gottfried Winter, Das Fluchtdrama des Hans-Georg Lemme, Manuskript 2011, S. 6, in: Privatarchiv Inge Lemme, Groß Breese)

Der Militärdienst bei der Volkspolizei habe ihrem Bruder wirklich zu schaffen gemacht, erinnerte sich später seine Schwester Eva-Maria Lemme: „Wenn er am Wochenende nach Hause kam, hatte er – ganz unüblich – viel getrunken und seine verhaßte Uniform flog in alle Ecken seines Zimmers. Einmal sagte er, ich könne mir nicht vorstellen, von welchen Idioten er dort herumkommandiert würde. Im Nachhinein glaube ich, haben wir alle unterschätzt, wie verzweifelt er dort war.“ (Eva-Maria Lemme, 1952-2009, Erinnerungen an meinen Bruder, Manuskript o.D., 5 Blatt, Privatarchiv Inge Lemme, Groß Breese, Bl. 4) „Als wir noch zur Schule gingen, hat Hans-Georg einmal gesagt, in der DDR werde er nicht alt werden“, erinnert sich Hans-Georg Lemmes Schulfreund Klaus Frohriep: „Hans-Georg war immer freundlich – alle mochten ihn. Nur Ungerechtigkeit konnte ihn wirklich auf die Palme bringen.“ (Telefonische Auskunft Klaus Frohriep, Pinnow, 30.5.2014) Es ist dem Fuhrunternehmer wichtig, daß die Geschichte seines Freundes nicht in Vergessenheit gerät, daß man seinen Grabstein auf dem Friedhof in Groß Breese auch in Zukunft erhält und vielleicht eine Schule oder wenigstens eine Straße nach Lemme benennt. Sehr zuversichtlich ist er aber nicht: „Manchmal denke ich, diese Zeit soll in Vergessenheit geraten, weil unsere Behörden das so wollen. Man möchte, daß Gras darüber wächst, weil man die, die damals Schuld auf sich geladen haben, für den Aufbau Ost brauchte.“ (Telefonische Auskunft Klaus Frohriep, Pinnow, 30.5.2014)

Inge Lemme lebt noch immer in Groß Breese auf dem großen Hof, den die Familie seit fast zweihundert Jahren bewirtschaftet hat. Sie hat inzwischen auch ihren Mann und ihre Tochter verloren. Es ist still geworden in dem alten Gemäuer. Am Ende der großen Allee, die das Dorf durchschneidet, auf dem kleinen Friedhof, liegt das Grab ihres Sohnes. „Für mich war das, was der Bootskapitän damals gemacht hat, Mord“, sagt sie. (Interview mit Inge Lemme, Groß Breese, 14.6.2014)

(Prof. Dr. Stefan Appellus ist Politikwissenschaftler und Hochschullehrer.)



Foto: Stefan Appellus

Inge Lemme, die Mutter Hans-Georgs, an der Elbe.

Damit sie nicht vergessen werden

24. Gedenkfeier der IG Lager Mühlberg am 5. und 6. September 2014

Bereits im Jahr 1991 fanden sich in Mühlberg ehemalige Häftlinge und Angehörige zusammen, um die Initiative Lager Mühlberg zu gründen mit dem Ziel der Aufarbeitung, damit die Geschichte nicht in Vergessenheit gerät. Vorsitzender ist der evangelische Pfarrer Matthias Taatz, einer der aktiven Gestalter der Initiative Lager Mühlberg. Taatz begann bereits ab 1988 Informationen über das ehemalige sowjetische „Speziallager“ Nr. 1 zu sammeln. Achim Kilian, geboren 1928, verstorben 2002 – von 1945 bis 1948 Häftling im Lager –, verfaßte später u.a. das Buch „Einzuweisen zur völligen Isolierung“, in dem er über seine Lagererfahrungen berichtete.

Die Gedenkveranstaltung begann bereits am Abend des 5. September im Rathaus mit einem sehr interessanten Vortrag von Stephan Hilsberg: „Sozialismus, Kommunismus, Stalinismus, Leninismus, Faschismus“. Er kam damit gut an beim Publikum, darunter so einige, die viele Jahre in Lagerhaft verbringen mußten.

Am nächsten Tag versammelte man sich zunächst am Gelände des Ehrenmals für die zwischen 1939 und 1945 verstorbenen Kriegsgefangenen zu einer Ansprache und dem Niederlegen von Kränzen, um anschließend auf das Gelände des ehemaligen Lagers zu wechseln. Von 1939 bis 1945 hatten das sogenannte Stamm-

lager (Stalag) ca. 300 000 Kriegsgefangene durchlaufen, von denen etwa 3000 starben. Ab Frühjahr 1945 übernahm der sowjetische Geheimdienst die gesamte Lager- und Gefängnisstruktur in der SBZ, so auch das Lager Mühlberg. Jetzt wurden hier etwa 22 000 Zivilisten eingesperrt, darunter viele Jugendliche. Ca. 7000 Häftlinge starben innerhalb von drei Jahren. Von Mühlberg aus wurden auch etwa 3000 Häftlinge – viele Jugendliche darunter – in die Sowjetunion deportiert. Wer bei Auflösung des Lagers 1948 nicht entlassen wurde, dem drohte das NKWD-Lager Buchenwald. Die Gebäude des Lagers Mühlberg wurden nach Auflösung des Lagers 1948 geschleift, es existieren keine Fotos aus der NKWD-Zeit.

Die Veranstaltung wurde feierlich fortgesetzt mit einem ökumenischen Gottesdienst. Danach versammelte man sich am Hochkreuz, wo Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, mit warmen Worten seine Empfindungen ausdrückte. Er hatte sich



Wolfgang Böhmer während seiner Rede in Mühlberg.

vorher bei Eberhard Hoffmann, dem „Vollzeit-Ehrenamtlichen“, wie er ihn bezeichnete, über Haftbedingungen in Mühlberg erkundigt. Als Vertreterin der UOKG hielt ich ebenfalls eine Rede. Begleitet wurde die Veranstaltung von einem Klarinettenquartett sowie einem Bläserquintett. Zum Schluß wurden viele Kränze niedergelegt, u.a. einer von der UOKG.

Wie schon im vergangenen Jahr war das Interesse an der Veranstaltung groß. Über 300 Besucher haben teilgenommen, anhand der PKW-Kennzeichen konnten viele Besucher von auswärts ausgemacht werden, darunter erfreulicherweise viele junge Leute.

Sybille Krägel

„Menschenrechte leben – Leiden erinnern“

Kontroverse Podiumsdiskussion

Am 9. September 2014 fand in der Deutschen Gesellschaft e.V. die Podiumsdiskussion „Menschenrechte leben- Leiden

erinnern! Ein zentrales Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft“ statt. Es diskutierten unter Moderation von Robert Ide (Tagesspiegel) der Totalitarismusforscher Prof. Dr. Eckhard Jesse (TU Chemnitz), der Journalist Dr. Jörg Kürschner (FV Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen), der Publizist Sergej Lochthofen sowie der Soziologe Prof. Dr. Manfred Wilke (Projektleiter, Institut für Zeitgeschichte München). Ziel der Diskussion war es auszuloten, welche Bedeutung ein zentrales Mahnmal in der heutigen Erinnerungslandschaft einnehmen soll. Das Einführungsreferat hielt die Projektkoordinatorin der Initiative Mahnmal der UOKG, Anna Michels-Boger. Sie betonte, daß das gemeinschaftliche Erinnern an Opfer und Betroffene der SED-Diktatur das kritische Bewußtsein dafür

stärke, daß die Werte der Demokratie und Freiheit auch heute aktiv verteidigt und eingefordert werden müssen. Es sei ein Bewußtsein dafür notwendig, daß dem Fall der Mauer Tausende Opfer vorausgegangen wären, die den 9. November 1989 vorbereitet hätten. Das Mahnmal müsse deshalb eine „eindeutige wertgebundene Aussage zu der kommunistischen Gewaltherrschaft treffen“ – am besten gelänge das durch die Darstellung von Einzelschicksalen, die das Leid der Opfer und ihre Verweigerungshaltung authentisch schildern, um allen voran auch junge Generationen zu sensibilisieren.

Das Podium diskutierte sehr kontrovers über die Bedeutung von Denk- und Mahnmälern in der heutigen „postmodernen Gesellschaft“ (Lochthofen), über



Im Podium: (v.l.) Sergej Lochthofen, Eckhard Jesse, Robert Ide, Jörg Kürschner, Manfred Wilke.

den Opferbegriff und über die Ausgestaltung. Dr. Jörg Kürschner, selbst ein Opfer der SED-Diktatur, gab zu bedenken, daß ein Tatort wie das Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen oder eine filmische Dokumentation weitaus interessanter und authentischer seien als ein Mahnmal. Allerdings müsse man auch andere Wege der Mahnung finden, wenn Zeitzeugen nicht mehr da seien. Ein Mahnmal in Berlin, das an die Menschenrechtsverletzungen des Kommunismus erinnert, müsse zentral sein.

Sergej Lochthofen gab mit Verweis auf die abgeklärte Wissensgesellschaft zu bedenken, daß „wir kulturell nicht mehr zu einem Kyffhäuser fähig wären“, Pathos hätte nichts mehr zu bedeuten. Überdies riskiere man mit einem Mahnmal, „Stofflichkeit und Kitsch“ zu produzieren. Es müsse ein würdevoller Platz sein ohne viel Kunst. Ein allgemeiner Konsens wäre

aber nur schwer zu erreichen, urteilte der ehemalige langjährige Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen Zeitung. Einer der bekanntesten Totalitarismusforscher Deutschlands, Prof. Dr. Eckhard Jesse, warf ein, daß eine Fixierung auf Opfer und Gewalt problematisch sei, denn schließlich sei der Kommunismus eine politische Religion gewesen. Die kommunistische Ideologie, das Inhumane am System, müsse in einem Mahnmal delegitimiert werden, denn Gewalt und ihre Opfer seien eine Folge der Ideologie. Dabei sei gerade die Verurteilung dieser Ideologie wichtig, da es in Deutschland bisher keinen „antiextremistischen Konsens“ gäbe. Der Soziologe Prof. Dr. Wilke widersprach seinem Kollegen ganz vehement: „Eine politische Religion kann man doch nicht in einem Mahnmal abbilden!“ Die Ideologie müsse unabhängig vom Ort des Gedenkens in einem Informationsort thematisiert werden.

„Wir dürfen das erlittene Leid nicht vergessen“, forderte Dr. Philipp Lengsfeld (MdB). Auch andere Zuhörer verwiesen darauf, daß der Opferbegriff zwar kein einfacher, aber ein notwendiger sei. Objektiv ist der Opferbegriff eine Anerkennung erlittener Unrechts (Lochthofen), auch wenn man sich selbst nicht als Opfer sieht; andererseits aber auch ein persönliches Eingeständnis und eine Bewußtwerdung für das ganz individuell erlittene Leid. Die Verurteilung einer Ideologie werde dem nicht gerecht.

Die Kunst des Gedenkens und Mahnens wird sich am Ort und der Gestaltung des Mahnmals herauskristalisieren, denn die Gestaltung wird darüber entscheiden, ob das Mahnmal „funktioniert“ – zumindest darin waren sich Diskutanten und Publikum einig.

- nabo -

Jugendliche erinnern an jugendliche Opfer

Gedenkfeier für die Opfer der „Malchower Werwolftragödie 1945/46“ am 4. Juli 2014

Vor sechzehn Jahren wurde vom Bürgermeister der Stadt Malchow, Joachim Stein, unter Anteilnahme der Öffentlichkeit ein Gedenkstein eingeweiht, der an die Frauen, Männer und Jugendlichen erinnert, die vom NKWD verfolgt und verschleppt wurden und nicht wiederkehrten. Die größte Gruppe der Verfolgten bildeten die 33 Mädchen und Jungen, die unter der Beschuldigung, dem Werwolf angehört zu haben, verhaftet und von einem sowjetischen Militärtribunal verurteilt wurden. Der Verurteilung ging eine monatelange Kellerhaft voraus mit nächtlichen Verhören und groben Mißhandlungen, deren brutale Formen zwei sechzehnjährige Jungen in den Selbstmord trieb. Vier Todesurteile wurden vollstreckt, sieben Jungen starben an den Haftbedingungen. Die letzten der zu langjährigen Haftstrafen Verurteilten wurden 1954 aus den Zuchthäusern der DDR entlassen, wohin sie 1950 von den Sowjets überwiesen worden waren. Neben dem Gedenkstein wurde vor drei Jahren eine Tafel errichtet, die über die Ereignisse am Kriegsende und den Monaten danach ausführlich informiert.

Die feierliche Gedenkstunde, die der Bürgermeister der Stadt mit einer Ansprache eröffnete, wurde in diesem Jahr von einem Kammerensemble des Stabsmusikkorps der Bundeswehr Berlin musikalisch umrahmt. Vor der Gedenkrede des Landrates des Kreises Mecklenburgische Seen-

platte, Heiko Kärger, Neubrandenburg, sprachen zu den zahlreichen Teilnehmern Burkhard Bley von der Behörde der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, May-Britt Krüger für die VOS Rostock, Reinhard Klaus für die Lagergemeinschaft Sachsenhausen und Theo Mittrup von der UOKG. Sie legten Kränze und Gebinde nieder, wie auch Dr. Matthias Buchholz von der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Wie in jedem Jahr nahmen an dem Gedenken wieder Schülerinnen und Schüler der 11. Klasse der Malchower Fleesensee-Schule mit ihrem Geschichtslehrer teil. Diesmal sprach ein Schüler als Vertreter der heutigen Jugendlichen zu den Ereignissen, die den Jugendlichen von 1945 zum Schicksal wurden, von denen nur vier – heute über Achtzigjährige – anwesend sein konnten. Besonders ergreifend war der Aufruf der Namen der dreizehn Toten durch die Mädchen und Jungen der Fleesensee-Schule, dem das Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden...“ folgte. Nach den Worten eines Überlebenden der Werwolftragödie sprach zum Abschluß der evangelische Pastor der Stadt. Die Anwesenden erhoben sich und sangen, von den Musikern des Stabsmusikkorps begleitet, die Nationalhymne.

Die heutigen Eigentümer der einstigen Sowjet-Kommandantur – jetzt eine Ferienanlage, bis zum Kriegsende die Villa

eines Webereibesitzers, der als Internierter 1947 in Fünfeichen starb – luden im Anschluß an das Gedenken zu einer Kaffeetafel ein, die Gelegenheit zu Gesprächen und Begegnungen bot. Die Jugendlichen servierten für die zahlreichen Gäste.

Detlev Putzar



Landrat Kärger(r.) während seiner vielbeachteten Ansprache.



Schüler der Fleesensee-Schule gestalteten die Gedenkfeier mit.

Seelsorger für die Bedrängten

Zum 100. Geburtstag des Bautzener Gefängnispfarrers Mund

Vor einhundert Jahren, am 25. November 1914, wurde Hans-Joachim Mund in Brandenburg/Havel geboren, der erste



Hans-Joachim Mund, ca. 1949.

später bestärkten, als Seelsorger zu den politischen Gefangenen zu gehen.

Pfarrer für die politischen Gefangenen in der DDR, ein Brückenbauer zwischen Kirche und Gesellschaft, vielleicht ein Utopist.

Anfang 1950 befand sich die DDR-Regierung in einem Dilemma: Irgendwie mußte sie dem verfassungsgemäßen Verlangen der Kirchen nach Seelsorge auch bei den politischen Gefangenen nach-

geben, gleichzeitig aber verhindern, daß die inhumanen Zustände in den Strafanstalten ans Licht kamen. Das konnten nur eigene Leute garantieren, am besten nur ein einziger für beide Konfessionen und alle Haftorte. Die SED glaubte, mit dem Genossen Mund, einem hauptamtlichen theologischen Experten in einer Fachkommission des Zentralsekretariats der Partei, diesen Mann zu kennen. Das hinderte ihn aber nicht, weiterhin Pfarrer zu bleiben – er wollte politische und religiöse Gegensätze überwinden.

Schon als Schüler versuchte er als religiöser Sozialist diesen Spagat. 1934 schloß sich der Theologiestudent der ökumenischen Una-Sancta-Bewegung an, der späteren „Hochkirchlichen Vereinigung“. Schließlich knüpfte er während des Krieges in Berlin Kontakte zum Widerstand und besaß namhafte Freunde in der Bekennenden Kirche, die ihn dann

Im August 1950 kam der Zweiunddreißigjährige zum ersten Mal nach Bautzen in das „Gelbe Elend“, dann bis 1956 in der Regel jeden Monat für mehrere Tage, ebenso war es in Hoheneck, Torgau, Waldheim, Brandenburg, Untermaßfeld und Luckau. Besonders in Bautzen traf er unerwartet vor allem auf eine große Zahl sehr junger Häftlinge, oppositioneller Schüler und Studenten, nicht aber auf vorgebliche alte Nazis und Kriegsverbrecher. Bei vielen Gefangenen stieß er zunächst auf Mißtrauen: Ein vom Staat geschickter Pfarrer, als VP-Oberrat besoldet, wenn auch in gepflegtem Zivil? Das mußte doch einer „von denen“ sein!

In den Gottesdiensten fielen uns sofort seine farbigen hochkirchlichen Gewänder auf, aber viel stärker irritierten die konsequent theologischen Predigten. Sie bemitleideten die erwartungsvollen Gefangenen nicht, forderten uns vielmehr auf, über den Glauben nachzudenken und dabei auch die ganz persönliche Situation einzubeziehen. Damit enttäuschte Mund manche, die lieber offene Worte über ihre Leiden und Demütigungen in der Haft hören wollten. Andererseits erreichte er sie emotional durch Musik, indem er einen ökumenischen Häftlingschor und Instrumentalisten mitwirken ließ. Das galt auch für die katholischen Messen. Diese feierte ein örtlicher Priester, der allerdings nicht unbewacht mit den Gefangenen reden durfte.

Pfarrer Mund dagegen – das hatte er im Dienstvertrag durchgesetzt – war bei seinen Seelsorgegesprächen mit dem Gefangenen allein. Dann ging es in erster Linie um religiöse Themen und familiäre Sorgen, aber auch um Klagen über konkrete Haftbedingungen oder Verlegungen.

Hier, unter vier Augen, konnte er vertraulich helfen, zum Beispiel Kontakte zu andernorts inhaftierten Angehörigen herstellen oder für Kranke dringend notwendige westliche Medikamente beschaffen.

So wurde er jahrelang Zeuge des „humanistischen“ Strafvollzuges der jungen DDR, erlebte unmittelbar die Opfer der sowjetischen Terrorjustiz, die Leidtragenden des totalen Machtanspruchs der SED – seiner Partei bis dahin! Munds Zweifel wuchsen. Das konnte den überall präsenten Augen und Ohren der gerade installierten Staatssicherheit nicht entgehen. „Funktionierte“ der Genosse Mund noch? War er noch tragbar als Gefängnispfarrer in diesem höchst sensiblen Bereich? Vertrauen gut – Kontrolle besser! Schon ab 1953 stellte man ihm für fast alle Haftorte zwei „zuverlässige“ Pfarrer zur Seite, kontrollierte seinen Schriftverkehr, horchte Häftlinge über ihn aus. Ab 1957 wurden Bautzen und Hoheneck seiner Zuständigkeit entzogen, duldeten man ihn nur noch in Brandenburg. Der Ring um ihn wurde enger. Seiner unmittelbar drohenden Verhaftung entging er im Januar 1959 durch die Flucht nach West-Berlin.

Bald danach nahm Mund den Dienst in der bayrischen evangelischen Landeskirche auf, zunächst als Seelsorger in einer Behindertenanstalt, dann als Gemeindepfarrer in Wasserburg und München. Nie sprach er öffentlich von seiner Arbeit bei den politischen Gefangenen der DDR, er verfaßte jetzt theologische Aufsätze und Schriften über Ökumene und die Hochkirchliche Vereinigung, wurde sogar deren Vorsitzender. Am 29. Oktober 1986 starb er in München.

Hans-Joachim Mund wollte Brücken bauen, sein Lebensweg ist ein Reflex deutscher Hoffnungen der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Ulrich Haase

Abschied

Am 23. August starb der Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Werner Liersch im Alter von 81 Jahren. Er war 2008 auch in westdeutschen Literaturkreisen bekannt geworden, als er in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ unter dem Titel „Erwin Strittmatters unbekannter Krieg“ die Verstrickungen des „antifaschistischen“ Schriftstellers (1912-1994) in die Mordak-

tionen einer SS-Polizeieinheit im besetzten Griechenland 1941/44 aufdeckte. Als Literaturwissenschaftler schrieb Liersch Bücher über Goethe und Hans Fallada und galt als der Hans-Fallada-Experte in der DDR, als welcher er auch 1991 die „Hans-Fallada-Gesellschaft“ gründete, aus der er ausgeschlossen wurde, als er darauf bestand, die starken Pressionen des MfS auf die Hans-Fallada-Forschung in der DDR aufzudecken. 2004 setzte er sich für die

Rehabilitation des aus Riga stammenden DDR-Schriftstellers Boris Djacenko (1917–1975) ein, der 1954 den Roman „Herz und Asche“ über den deutschen Widerstand gegen Kriegsende veröffentlicht hatte, während der zweite Teil 1958 eingestampft wurde, weil der Autor darin die Vergewaltigung einer deutschen Widerstandskämpferin durch Rotarmisten beschrieben hatte.

Jörg Bernhard Bilke

„Wer denkt an die Opfer heute?“

Die soziale und psychische Situation von Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft 25 Jahre nach dem Mauerfall

Eine Veranstaltung der UOKG e.V. in Kooperation mit der Bundesstiftung Aufarbeitung, der Deutschen Gesellschaft e.V. und dem Kommunalpolitischen Bildungswerk Berlin e.V. am Dienstag, dem **4. November 2014, 18 Uhr**, im Europasaal der Deutschen Gesellschaft e.V., Voßstraße 22, Berlin-Mitte

Der DDR-Unrechtsstaat hat tiefe Wunden in das Leben vieler politisch verfolgter Menschen gerissen, die bis heute nicht verheilt sind. Viele ehemalige Opfer sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung finanziell deutlich schlechter gestellt. Hinzu kommen psychische Beschwerden wie Depressionen und Angstzustände, aber auch physische gesundheitliche Folgeschäden. Nicht selten führen diese Umstände dazu, daß der mühsame Weg der Rehabilitierung nicht allein bewältigt werden kann. Wie gehen Opfer mit dieser Situation um, und welche Hilfestellung leisten professionelle Berater heute?

Einblicke in die Lebenslagen der Betroffenen gewähren uns:

- Karl-Heinz Bomberg, Arzt, Psychoanalytiker und Liedermacher
- Jens Planer-Friedrich, Mitarbeiter des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen
- Curt Stauss, Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für Seelsorge und Beratung von Opfern der SED-Kirchenpolitik
- Gabriele Stötzer, Schriftstellerin und Künstlerin, ehem. politische Gefangene

„Ein Licht der Hoffnung und des Anstands“

Formen des Widerstandes und der Opposition: 20. Juli 1944 und Friedliche Revolution 1989

Am Sonnabend, dem **15. November 2014**, findet der diesjährige UOKG-Kongreß statt, mit:

- Dr. Axel Smend, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung 20. Juli 1944, „Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Rezeption bis heute“
- Horst Schüler, Journalist, ehemaliger politischer Häftling und Ehrenvorsitzender der UOKG, „Die betrogene Ge-

neration – der frühe Widerstand in der SBZ/DDR“

- Prof. Dr. Manfred Wilke, Soziologe und Publizist, „Zur Doppelverfolgung von Heinz Brandt unter den Nationalsozialisten und in der SBZ/DDR“
- Dr. Ehrhart Neubert, Theologe, „Geschichte der DDR-Opposition 1949 bis 1989 – Ein Überblick“
- Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, „In der Wahrheit leben: Methoden und Inhalte der oppositionellen Gruppen vor und während der Revolution“
- Prof. Dr. Daniela Munkel, BStU, Historikerin, „Herbst 89 im Blick der Stasi – die geheimen MfS-Berichte an die SED-Führung“
- Dr. Matthias Braun, BStU, Theaterwissenschaftler, „Von der Bühne auf die Straße – Künstler und die friedliche Revolution 1989“

Beginn: 11.00 Uhr

Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

Tagungsgebühr 10,- Euro, ermäßigt 5,- Euro, vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Die Veranstaltung wird von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützt.

Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2015“ erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2015 ist erschienen. Anlässlich des 25. Jubiläums der Deutschen Einheit ist der Taschenkalender zugleich eine Chronik des Jahres 1990: Tag für Tag verweist er auf kleine und große Ereignisse, die dieses Jahr zu einem Höhepunkt der deutschen Geschichte werden ließen.

Der Kalender ruft die Selbstdemokratisierung der DDR ins Gedächtnis, den Dialog am Zentralen Runden Tisch, die Entmachtung von SED und Stasi, die ersten und einzigen freien Volkskammerwahlen, die Debatten über den Weg zur Wiedervereinigung wie auch die schwierigen innerdeutschen und internationalen Verhandlungen, deren Ergebnisse schließlich die Deutsche Einheit ermöglichten. Die Chronik illustriert darüber hinaus aber auch die vielfältigen politischen Entwicklungen in den anderen neu entstandenen Demokratien Mittel- und Osteuropas, die politische

Erosion des Warschauer Paktes, das Auseinanderfallen der Sowjetunion sowie die offizielle Beendigung des Kalten Krieges durch die Einrichtung einer neuen Sicherheitsordnung für Europa.

Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung – Taschenkalender 2015 – Kronenstr. 5, 10117 Berlin bestellt werden.

Information der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

„Zur Erhöhung der Opferrente“

Der BSV-Förderverein und der BSV-Landesverband Berlin laden herzlich ein zu ihrer Veranstaltung mit Juristin Elke Weise, anschließend Gesprächsrunde zu allgemein interessierenden rechtlichen Problemen im vorweihnachtlichen Rahmen.

Mittwoch, **10. Dezember 2014, 14.00 Uhr**

Ort: Stasimuseum Berlin, Ruschestr. 103, Haus 1, Raum 710 (Fahrstuhl vorhanden); um rechtzeitige tel. Anmeldung unter (030) 55 49 63 34 wird gebeten.

Unterstützung für Initiative Mahnmal

Prag, Budapest, Moskau, Sofia – nicht nur in diesen vier Städten gibt es zentrale Denk- und Mahnmale für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Der Kommunismus hat im letzten Jahrhundert weltweit Millionen von Menschen unterjocht und zerstört. Viele Staaten in Ost- und Mitteleuropa gedenken dieser Opfer durch zentrale Mahnmale.

Wir fordern auch in Berlin einen solchen Ort!

Wenn Sie die Initiative der UOKG für ein zentrales Mahnmal unterstützen möchten, unterschreiben Sie auf unserer Unterschriftenliste und sammeln Sie auch in Ihrem Bekanntenkreis Unterschriften – wir benötigen zahlreiche Stimmen, die die Initiative Mahnmal mit Nachdruck unterstützen.

Listen können angefordert werden bei: E-Mail Mahnmal@uokg.de oder per Post UOKG/Initiative Mahnmal, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

„Goldene Henne“ für Zwangsadoptierte

(st) Am 10. Dezember 2014 hat Katrin Behr den Medienpreis „Goldene Henne“ in der Kategorie „Stille Helden“ erhalten. Sie wurde geehrt für ihr jahrelanges großes Engagement bei der Betreuung und Beratung der von Zwangsadoption Betroffenen. Katrin Behr gründete den Verein OvZ-DDR e.V. und arbeitet in der UOKG-Beratungsstelle für Betroffene von DDR-Zwangsadoptionen. Sie wurde selber zwangsadoptiert und hat über ihre Erfahrungen das Buch „Entrissen“ geschrieben.

Herzlichen Glückwunsch!



Foto: N. Radlitz

Katrin Behr mit der „Goldenen Henne“.

Auszeichnungen

(st) Am 6. Oktober hat Bundespräsident Joachim Gauck u.a. Aktive der Demokratiebewegung in der DDR von 1989 ausgezeichnet, die sich in den späteren Jahren für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit besonders engagiert haben. Den Bundesverdienstorden erhielten: Stephan Bickhardt, langjähriges Vereins- und Vorstandsmitglied des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V., Jürgen Litfin, Gedenkortgründer und -betreiber für seinen an der Mauer erschossenen Bruder Günter Litfin, Lutz Rathenow, Schriftsteller und Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Schriftsteller Hans-Joachim Schädlich und Bürgerrechtler und Politiker Reinhard Schult.

Den Verdienstorden des Landes Berlin erhielt am 1. Oktober die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Maria Nooke, die heute stellvertretende Direktorin der Gedenkstätte Berliner Mauer ist. Allen Ausgezeichneten, auch den nichtgenannten, herzlichen Glückwunsch!

Leserbrief

Revolution?

Der Artikel „Anmerkungen zur Deutschen Einheit“ von B. Lippmann (7/2014) war das Beste, was ich bisher im „Stachel-draht“ gelesen hatte.

Einen großen Teil Schuld am Versagen dieser „friedlichen Revolution“, die zum Teil nur ein Flaggenwechsel und keine echte Revolution war, trugen westdeutsche Beamte, Politiker und Manager. Während wir seit dreißig Jahren mit dem Untergang dieses Systems rechneten, waren diese Blinden im November 1989 plötzlich überrascht.

Mir wurde es als ehemaliger politischer Gefangener in der alten Bundesrepublik nicht immer leicht gemacht. Nach meinem Freikauf, Ende 1976, fragte mich ein Beamter der West-Berliner politischen Polizei bei der obligatorischen Befragung nach den Methoden der Stasi in den 1960er Jahren. Nach meiner Schilderung sagte er: „Erzählen sie mir keine Greuelmärchen. So etwas machen deutsche Menschen nicht.“

Darauf beschloß ich auszuwandern, tat es aber aus Rücksicht auf meine Familie doch nicht. Das habe ich bis heute bereut. Bei einer Stellenbewerbung an eine West-Berliner Firma, die Geschäftsbeziehungen mit der Sowjetunion unterhielt, sagte mir der Personalleiter: „Aus Rücksicht auf unsere sowjetischen Geschäftspartner können wir sie nicht einstellen.“ Es gab noch mehr solche Erlebnisse mit den „Brüdern und Schwestern“ in der alten Bundesrepublik.

In den neuen Bundesländern, besonders in der „Volksrepublik Brandenburg“, sitzen die alten Funktionäre wieder in neuen Chfesseln. Manche glauben sogar, die „DDR“ existiere noch.

Bei meiner Krankenbehandlung in der Klinik Sommerfeld Kremmen im letzten Jahr begrüßten sich sogar Mitpatienten mit der Anrede „Genosse“. Ist es dann ein Wunder, wenn die „Mauer in den Köpfen“ noch vorhanden ist? Wann kommt in Deutschland endlich mal eine Revolution?

Thomas Farg, Berlin

Aufruf

(am) Zur Errichtung eines zentralen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus bedarf es eines Bundestagsbeschlusses. Der Kulturausschuß für Kultur und Medien empfahl, die Errichtung eines zentralen Mahnmals noch in dieser Legislaturperiode zu prüfen. Die ostdeutschen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützen in ihrer Potsdamer Erklärung vom 5. Mai die Initiative Mahnmal. Darauf dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen, denn der Weg zum Beschluß ist noch sehr weit und ein Bekenntnis zu den Opfern darf keine regionale, sondern muß eine gesamtdeutsche und überparteiliche werden!

Die Initiative formulierte einen Aufruf zur Unterstützung eines zentralen Mahnmals, der zum 9. November 2014 den Bundestagsabgeordneten vorgelegt wird. Zu den Erstunterzeichnern gehören Stephan Hilsberg, Freya Klier, Marianne Birthler, Dr. h.c. Karl-Wilhelm Fricke, Siegfried Reiprich, Olaf Weißbach, Lutz Rathenow, Ulrike Poppe u.a. Unterzeichnen auch Sie unseren Aufruf und sagen Sie uns, warum Sie ein zentrales Mahnmal für wichtig halten: <http://www.initiative-mahnmal.de/>

Initiative Mahnmal der UOKG

Büro eröffnet

Seit September 2014 hat der Förderverein Gedenkstätte Stollberg – Frauenhaftanstalt Hoheneck e.V. ein Interimbüro im Verwaltungsgebäude der ehemaligen Haftanstalt Hoheneck.

Öffnungszeiten montags bis freitags 14.00 – 17.00 Uhr, Tel. (03 72 96) 92 41 68, außerhalb der Öffnungszeiten (0152) 06 26 85 53, E-Mail kontakt@gedenkstaette-hoheneck.com, Homepage www.gedenkstaette-hoheneck.com; Ansprechpartnerin ist Eva Werner.

Museum geschlossen

(astak) Das Stasi-Museum in Berlin-Lichtenberg bleibt wegen umfangreicher Umbauarbeiten bis zum 14. Januar 2015 geschlossen. Im Haus 22 (direkt gegenüber) des ehemaligen Stasi-Geländes sind währenddessen die Wanderausstellung „Die Friedliche Revolution in Leipzig“ des Bürgerkomitees Leipzig sowie eine BStU-Ausstellung zu den üblichen Öffnungszeiten zu sehen.

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Veranstaltungen

4.11. (Di), 18.00 Uhr:

„**Wer denkt an die Opfer heute?**“ Die soziale und psychische Situation von Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft 25 Jahre nach dem Mauerfall, mit Karl-Heinz Bomberg, Jens Planer-Friedrich, Curt Stauss, Gabriele Stötzer; Veranstaltung d. UOKG e.V. u.a.; Ort: Europasaal der Deutschen Gesellschaft e.V., Voßstr. 22, 10117 Berlin; siehe auch S. 15

5.11. (Mi), 18.00 Uhr:

„**Spionage der Organisation Gehlen in der SBZ und frühen DDR.**“ Personal, Ziele und Methoden“, Ref. Ronny Heidenreich, Historiker; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 143469 Potsdam

5.11. (Mi), 18.15 Uhr:

„**Die Sowjetunion im Jahrhundert der Moderne,**“ Vortrag v. Prof. Dr. Jörg Baberowski, HU Berlin; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.11. (Mi), 19.30 Uhr:

„**Knastware für den Klassenfeind.**“ Häftlingsarbeit, Ost-West-Handel und die Stasi, Buchvorstellung u. Gespräch mit Dr. Tobias Wunschik, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64, 20148 Hamburg

6.11. (Do), 20.00 Uhr:

„**Vorwärts gelebt – rückwärts verstanden**“, Premiere des Theaterstücks von und mit ehemaligen Heimkindern; Ort: Thalia-Grundschule, Alt Stralau 34, 10245 Berlin

7.11. (Fr), 18.00 Uhr:

„**Durchgangsheim Alt Stralau.**“ Geschichte einer „Umerziehungsanstalt“, Vortrag v. Detlef Krenz im Begleitprogramm der Ausstellung „Widerspenstig und widerständig“; Veranstaltung d. Museums Lichtenberg; Ort: Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstr. 24, 10317 Berlin

11.11. (Di), 19.00 Uhr:

„**Operation Falsche Flagge. Wie der KGB den Westen unterwanderte**“, Buchvorstellung mit Autor Arik K. Komets-Chimirri; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

11.11. (Di), 19.00 Uhr:

„**Opposition, Widerstand und Revolution. Widerständiges Verhalten in Leipzig im 19. und 20. Jahrhundert**“, Buchvorstellung u. Gespräch mit Rainer Eckert, Historiker; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a.; Ort: Gedenkstätte Museum in der Runden Ecke, Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Zündfunke aus Prag

(VT) Im Herbst 1989 berührten sich deutsche und tschechische Geschichte auf besondere Art. Das Regime in der DDR wurde durch das Aufbegehren seiner Bürger und die Massenflucht existentiell erschüttert. Die Ereignisse rund um die Prager Botschaft und die Demonstrationen in der DDR gaben den Tschechen und Slowaken einen mächtigen Impuls, auch in ihrem Land die Diktatur abzuschüteln.

Hans-Dietrich Genscher war einer der maßgeblichen Akteure und

blickt hier aus dem Abstand eines Vierteljahrhunderts noch einmal zurück. Karel Vodička führte Geheimdienst Dokumente und diplomatische Korrespondenz der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der UdSSR zusammen und förderte bisher unbekannte Zusammenhänge zu Tage.

.....
Hans-Dietrich Genscher, Karel Vodička: Zündfunke aus Prag. Wie 1989 der Mut zur Freiheit die Geschichte veränderte, dtv 2014, 336 S., 24,90 €



Geheimpolizei gegen Freiheitsrechte

Die Securitate in Siebenbürgen

An vielen Stellen glaubt man thematisch in die DDR versetzt zu sein, dabei handelt das Buch von Rumänien, speziell vom Geheimdienst in Siebenbürgen. Die Methode, Angst als Mittel der Machterhaltung einzusetzen, kennt man auch von der DDR. Ebenso kommt einem die Unterwanderung der Religionsgemeinschaften mit dem Ziel der politischen Einbettung – man kann auch sagen: Gleichschaltung – in den Staat bekannt vor. Die systematische Unterdrückung von Informations- und Meinungsäußerungsfreiheit war nicht anders als in der DDR. Schriftsteller wurden allein schon deshalb als feindliches Potential angesehen, weil sie Verbindung zu Menschen im Westen hatten. Anklage wegen Besitzes und Weitergabe „verbotener Schriften“, obwohl es einen Katalog solcher Erzeugnisse öffentlich nicht gab, zeigt ein aus der DDR bekanntes Vorgehen. Kopiergeräte waren nicht frei zugänglich, sondern von der Geheimpolizei kontrolliert. Willkürliche Wohnungsdurchsuchungen, ebensolche Festnahmen usw., usw. – man kennt dies alles aus den Berichten über das SED-Regime.

Das Buch enthält eine Zusammenstellung mehrerer Aufsätze. Interessant sind in erster Linie die Ähnlichkeiten zwischen der DDR und Rumänien, was der gemeinsamen Entstehungsgeschichte von Securitate und Stasi als Schöpfungen der sowjetischen Geheimpolizei geschuldet sein dürfte. Daß die intensive Zusammenarbeit beider Geheimpolizeien in den 1960er Jahren nachließ und 1973 praktisch zum Erliegen kam, ist in erster

Linie eine Folge der eigenwilligen, nationalkommunistischen Autonomiepolitik der rumänischen Führung. Aber auch in der kurzen Phase einer gewissen Liberalisierung Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre ließ die Securitate nicht an Wachsamkeit nach. Auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes gab es Ähnlichkeiten und Unterschiede. Ein Unterschied mag darin zu sehen sein, daß der rumänische Diktator schlichtweg hingerichtet wurde, der Diktator der DDR jedoch im Krankenhaus im chilenischen Exil verstarb. Eine wesentliche Gemeinsamkeit verdeutlicht folgendes Zitat: „Durch den Focus auf den Informanten und informellen Mitarbeiter der Securitate blieb der eigentliche Apparat unberührt.“ So konnte es in Rumänien geschehen, daß Behördenangestellte kundtaten, nichts mit „meinen Kreisen“ zu tun gehabt zu haben, so berichtete eine Schriftstellerin. Kommt so etwas einigen Lesern dieser Zeitschrift bekannt vor?

Das Buch enthält ein Motiv, das zeitunabhängig gilt: „Wenn man von Freiheit spricht, muß man von ihrem Gegenteil, von Unfreiheit reden.“ Und ebenso zeitunabhängig ist wesentlich, was Herta Müller, die spätere Nobelpreisträgerin, gegenüber dem rumänischen Geheimdienst sagt, der sie für die Spitzeltätigkeit anwerben will: „N-am caracterul, ich habe nicht diesen Charakter.“ Die für kommunistische Geheimpolizeien spezifischen psychologischen Zersetzungsmaßnahmen werden im Vorwort mit einem (hier verkürzten) Zitat der





Joachim von Puttkamer, Stefan Sienerth, Ulrich A. Wien (Hg.): *Die Securitate in Siebenbürgen*. Böhlau Verlag, Köln/Wien/Weimar 2014 (Siebenbürgisches Archiv, 43), 432 S., 39,90 €

Schriftstellerin herausgestellt: „Gegen Verleumdung ist man machtlos, man erstickt, weil man sich nicht wehren kann.“ Dieses Machtprinzip, daß sich die Ausgelieferten nicht wehren können, durchzieht thematisch alle Beiträge des Buches. Die Herausgeber weisen demgemäß auf die Gefahr eines Widerspruchs zwischen wissenschaftlicher Sachlichkeit und den vielfach erlittenen Verletzungen hin. Das ist sehr löblich, jedoch wird sich jemand, der dieses dicke Buch voll Wissenschaft liest, dessen bewußt sein.

Der Band geht auf eine wissenschaftliche Tagung des „Arbeitskreises für Siebenbürgische Landeskunde“ zurück, die dieser gemeinsam mit dem Münchner „Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas“ (IKGS) und der Universität Jena im Jahr 2010 durchführte. Es ist in allen Teilen gut geschrieben, und es ist lehrreich. Nicht nur wegen der Informati-

onen über die rumänische Situation. Speziell eine sehr lesenswerte Darstellung der Situation in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR durch den Berliner Historiker Georg Herbstritt von der Stasi-Unterlagen-Behörde wird Leser interessieren, die sich vor allem mit dem MfS beschäftigen.

Das Buch führt die Perspektiven deutscher, rumänischer, ungarischer und siebenbürgisch-sächsischer Autoren sowie die Erfahrungen unterschiedlicher Generationen zusammen. Das macht seine Vielseitigkeit aus, wie ein Blick auf die einzelnen Aufsätze zeigt. Die Texte enthalten jeweils Zusammenfassungen in rumänischer Sprache. Insbesondere für die englischsprachigen Texte ist dies anmerkwürdig. Sehr verdienstvoll ist neben dem ausführlichen Personenregister eine Zusammenstellung der geographischen Namen (u.a. deutsch, rumänisch, tschechisch, ungarisch). Ein Buch, das sich in der Bibliothek eines jeden Wissenschaftlers finden sollte, der sich mit (ost-)europäischer Zeitgeschichte beschäftigt.

Bernd Lippmann

Die indiskrete Gesellschaft

(VT) Es gab zahlreiche Informanten jenseits der IM: Sie heißen Auskunftspersonen. Darunter fallen nicht nur IM und hauptamtliche Mitarbeiter des MfS, sondern auch andere Bürger, die Nachbarn im Wohnumfeld, „offizielle“ Partner in Betrieben, aus staatlichen und politischen Institutionen. Millionen von Personendossiers sind beim MfS mit Hilfe solcher Informanten entstanden, die zumeist keine IM waren. Diese Dossiers enthalten teils sehr private, intime Informationen aus dem Wohnumfeld oder Arbeitsbereich der Ausgeforschten. Angaben zur Moral, dem Konsumverhalten, der Beteiligung an politisch-gesellschaftlichen Aktivitäten (etwa Fahne heraushängen) und Westkontakte gehörten zu den Kriterien, die vom MfS regelmäßig abgefragt wurden. Insofern war die DDR eine erstaunlich „indiskrete Gesellschaft“.

Die Auswertung einer Kartei von Auskunftspersonen in Rostock zeigt, daß rund 18 Prozent der Bevölkerung überwiegend auskunftswillig waren. Für den Kreis Saalfeld liegt erstmalig eine Detailanalyse vor. Sie besagt, daß 5,7 Prozent aller Einwohner vom MfS als Auskunftspersonen erfaßt waren. In dem Grenzkreis sind es meist Offiziere, Polizisten, Freiwillige Polizeihelfer, Mitglieder der SED, Haus-

buchführer, Hausgemeinschaftsfunktionäre (HGL), hauptamtliche und eben teils inoffizielle Mitarbeiter des MfS, der Nationalen Volksarmee oder des Zoll, die als Informanten angesteuert wurden.

Ein Kuriosum ist eine Gruppe von Informanten, mit denen die Bezirksverwaltung in Karl-Marx-Stadt zusammengearbeitet hat. Sie nannte sie schlicht „Gute Menschen“.

Ansprechpartner in Betrieben, staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen waren vor allem SED-Nomenklaturkader, also das Rückgrad der SED, die Machtelite der DDR. Nomenklaturkader lieferten nicht nur Informationen, denn anders als IM hatten sie auch die Entscheidungsgewalt über Menschen, wenn das MfS ihnen Informationen zulieferte. Diese Gruppe der wirklich Entscheidenden in der SED-Diktatur ist über den IM bisher vernachlässigt worden.

Die Autoren Helmut Müller-Enbergs und Christian Booß warnen jedoch davor, derartige Informanten, wie in der Vergangenheit oft geschehen, pauschal als Denunzianten abzuqualifizieren. Denn der klassische Denunziant wendet sich von sich aus an die Obrigkeit, um Dritte anzuschwärzen.

Veranstaltungen

15.11. (Sa), ab 11.00 Uhr:

„Ein Licht der Hoffnung und des Anstands‘ – Formen des Widerstandes und der Opposition: 20. Juli 1944 und Friedliche Revolution 1989“, UOKG-Kongreß, Referenten: Dr. Axel Smend, Horst Schüler, Prof. Dr. Manfred Wilke, Dr. Ehrhart Neubert, Ulrike Poppe, Dr. Matthias Braun, Prof. Dr. Daniela Munkel; Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin; siehe auch S. 15

15.11. (Sa), 17.00 Uhr:

„Seitdem klingt durch die Nacht ein Ton“, Konzert mit Karl-Heinz Bomberg u.a.; Veranstaltung d. Evangelischen Pfarrkirche Berlin-Weißensee; Ort: Pfarrkirche Berlin-Weißensee, Berliner Allee 184, 13088 Berlin

16.11. (So), 17.00 Uhr:

Chorkonzert zum Volkstrauertag, Gedenkveranstaltung zum Tod von Erich Loest; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

18.11. (Di), 19.00 Uhr:

„Hoffnungsträger oder Staatsfeind? DDR-Jugend und Stasi an der Ostsee“, Ausstellungseröffnung, Vortrag u. Gespräch mit Dr. Michael Heinz, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Volkshochschule Rostock, Am Kabutzenhof 20a, 18057 Rostock

19.11. (Mi), 18.15 Uhr:

Rationalität versus Emotionalität im Jahrhundert der Extreme, Vortrag v. Prof. Dr. Ute Frevert, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

20.11. (Do), 19.00 Uhr:

Zensur und Überwachung. Der Künstler Rainer Schade in der DDR; Vortrag u. Gespräch mit Prof. Dr. Rainer Schade, Maler u. Grafiker; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

25.11. (Di), 18.00 Uhr:

Türkischdeutsche Perspektiven auf Mauerfall und deutsche Einheit, Podiumsdiskussion mit Ümit Çoban, Unternehmer in Dresden, Gülay Durgut, Redakteurin, Vural Öger, Gründer v. Öger Tours, 2004–2009 MdEP, Bekir Yilmaz, Präsident der Türkischen Gemeinde zu Berlin, Mod Dr. Ulrich Mähler, Bundesstiftung Aufarbeitung; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

25.11. (Di), 19.00 Uhr:

„14/18: Der Weg nach Versailles“, Buchvorstellung mit dem Autor Dr. Jörg Friedrich; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin



26.11. (Mi), 18.15 Uhr:

Das Jahrhundert der Gewalt und seine Einhegung, Vortrag v. Prof. Dr. Gabriele Metzler, HU Berlin; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

1.12. (Mo), 18.00 Uhr:

Rehabilitiert und entschädigt (?) – 20 Jahre 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

3.12. (Mi), 19.00 Uhr:

15. Januar 1990 – „Sturm auf die Stasi“? Modrow-Regierung, Zentraler Runder Tisch und jede Menge Fragen, Vortrag v. Dr. Klaus Bästlein, Historiker, Podium mit Margitta Kupler, 1989/90 Mitglied der AG Sicherheit des Zentralen Runden Tisches, Prof. Dr. Manfred Wilke, Soziologe, u. Dr. Klaus Bästlein; Veranstaltung des Berliner LStU u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

4.12. (Do), 19.00 Uhr:

Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung, Buchvorstellung und Gespräch mit Herausgebern und Autoren; Veranstaltung der Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66-80, 12277 Berlin

10.12. (Mi), 14.00 Uhr:

„Zur Erhöhung der Opferrente“, mit Elke Weise, Juristin; anschließend Gespräch; Veranstaltung d. BSV-Fördervereins und des BSV-LV Berlin; Ort: Stasimuseum Berlin, Ruschestr. 103, Haus 1, Raum 710; siehe auch S. 15

10.12. (Mi), 18.15 Uhr:

Flucht, Vertreibung, Deportation: Das Jahrhundert der Zwangsmigration, Vortrag v. Prof. Dr. Jochen Oltmer, Universität Osnabrück; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

10.12. (Mi), 19.00 Uhr:

Aufruhr hinter Gittern. Die Bautzener Gefängnisse in der Friedlichen Revolution, Vortrag v. Ronny Heidenreich, Historiker, und Konzert mit Christian „Kuno“ Kuhnert; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

IM wurden dagegen grundsätzlich vom MfS angesprochen. Die AKP wurden sogar unter Legende kontaktiert. Offizielle Partner des MfS waren teilweise per Gesetz zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Andererseits ließen zahlreiche IM, AKP und Vorgesetzte und Kollegen im Betrieb jegliche ethische Barrieren fallen und berichteten ohne Not, freiwillig indiskret über Mitbürger, so daß man in diesem Fall von Denunziation sprechen sollte. Selbst IM hatten ausreichend Freiheitsspielräume. Es geht also um Differenzierung statt Pauschalisierung.

.....
Christian Booß, Helmut Müller-Enbergs: Die indiskrete Gesellschaft. Studien zum Denunziationskomplex und zu inoffiziellen Mitarbeitern, Verlag Polizeiwissenschaft, Frankfurt/Main 2014, 268 S., 29,80 €

Wolfskind

(VT) Joachim Pose wird 1936 in Tilsit-Sentainen (Ostproußen) geboren. 1944 muß er mit seiner Familie flüchten und gelangt glücklich nach Rügen. Als sie auf Wunsch des Vaters zurückkehren, finden sie böswillige Zerstörung vor. Vergewaltigungen sind an der Tagesordnung. Eines Tages muß Joachim mit ansehen, wie sein Vater und dann auch die Mutter von den Sowjetrussen abgeholt werden. Elternlos bleibt er mit seinem Bruder zurück. Der Heimat entrisen, schlägt er sich u.a. in Litauen als Hütejunge durch und nimmt an abenteuerlichen Hamsterfahrten teil: „Ihr geht nicht zur Schule und führt ein verwaorlostes Leben. Wie herumstreunende Wolfskinder wachst ihr auf. Was soll nur aus euch werden?“

1951 kommt er schließlich in ein Kinderheim nach Kyritz (Brandenburg). Während der Schulzeit wird seine anti-sozialistische Haltung immer offenkundiger, so daß es zu mehreren Eklats kommt. Nach dem Abitur flüchtet er in den Westen. Geprägt



.....
Joachim Pose: Ich war ein Wolfskind! Von Pommern über Ostproußen nach Mecklenburg, B Verlag & Medien (eszet-Verlag), Rostock 2008, 2. überarb. Aufl., 90 S., 9,90 €

von der Bitterkeit seiner Erlebnisse, schrieb Joachim Pose diese nieder und zählt damit zu den Vertriebenen, die ihr langes Schweigen gebrochen haben.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November Geburtstag haben

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo-Fr, 14-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)
 Tel. (030) 57 79 92 01
 Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr
 E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Joachim Bauer, Susanne Blötz, Manfred u. Ingeborg Bottrich, Al-muth Braun, Gerold von Busse, Dr. Karl-Heinrich Ebel, Helmut Felbrich, Ursula Feustel, Hans-Christoph Flade, Dr. Otto Flicke, Alexander Grow, Karl Gutzmann, Bernd Hartmann, Hermine Hecker, Dr. Gisela Jahn, Dr. Hansjochen Kochheim, Klaus Kruger, Kurt Kugler, Reinhard Lehmann, Rolf Leonhard, Eduard Lind-hammer, Johannes Lindner, Erna Lobbess, Prof.Dr. Konrad Löw, Hella Meißner, Dr. Peter Möller, Klaus Muder, Alfred Mü-l-ler, Dr. Jens Nielsen, Horst Opitz, Eike Christine Radewahn, Hartmut u. Bärbel Schlotte, Roland Schmiedicke, Horst Schröder, Walter Schulz, Günter Sickora, Ursula Timm, Ruth Wolter, Ingrid Ziesche Stacheldraht-Konto:

BSV Förderverein

Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48

Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01

BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck:

„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Moral ist die Haltung, die wir Leuten gegenüber einnehmen, gegen die wir eine persönliche Abneigung haben.

Oscar Wilde

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00

BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Vorstandsbeauftragte:

Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,

E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. Oktober 2014

